

Migrationsströme und Geldflüsse

Erläuterungen und Belege

Inhalt

1	Vorbemerkungen	1
2	Ausgangslage	2
3	Entwicklungshilfe.....	4
4	Geld-Rücküberweisungen	7
5	Diaspora Communities	11
6	Legale Migrationsoptionen	15
7	FDI & CSA.....	18
8	Steurgerechtigkeit.....	21
9	Schlussbemerkungen	29
10	Literaturverzeichnis.....	30

1 Vorbemerkungen

Die nachfolgenden Ausführungen wollen Inhalte des Textes „Migrationsströme und Geldflüsse“, weltweit 2018/3, S. 28-31, mit Belegen unterfüttern. Dabei handelt es sich natürlich nicht um eine umfassende Analyse der problematischen Beziehungen zwischen Europa und Afrika, sondern lediglich um einen kleinen Ausschnitt. Viele Dinge werden ausgeklammert, etwa die Nachwirkung der Kolonialzeit und des Kalten Kriegs für das Vorhandensein korrupter Regierungen, der Rolle unfairen Handels, Ressourcenausbeutung und von Subventionen auf die miserable Lage der afrikanischen Wirtschaft, oder die Auswirkungen gegenwärtiger EU Migrationspolitik auf das Geschäftsmodell von Schleusern.... Anderes wird vorausgesetzt, etwa Ergebnisse langjähriger empirischer Migrationsforschung des Verfassers dieses Texts.¹

Natürlich kann man für beinahe jede gewünschte Aussage eine passende Statistik zum Beleg finden. Entsprechend muss man stets genau hinschauen, wer welche Statistik auswählt, welche „Gegenstände“ in der Statistik behandelt, welche Daten warum ausgeklammert werden usw. Erschwerend kommt gerade im vorliegenden Fall hinzu, dass die Hauptstreitpunkte („illegale“ Migration, illegale Kapitalflüsse) sich im Verborgenen abspielen

¹ Vor allem Alt, 2009, wo ausführlich dargelegt, warum sich aufgrund „globalisierungssystematischer Vernetzungen“ das „Migrationsproblem“ nur dann zur allseitigen Zufriedenheit lösen lässt, wenn die Fluchtursachen in den Herkunftsländern so angegangen werden, dass Menschen dort ein Leben in Würde führen können. Auf den ersten Blick scheint ein Buch von 2009 zum Thema veraltet zu sein. Das Deprimierende in der Migrationsforschung ist jedoch, dass Jahrzehntealte Erkenntnisse (Erfordernisse aus der demographischen Alterung, Fachkräfteengpass, Einwanderungsgesetz, Überweisungserleichterung für Geldüberweisungen, Legalisierungsoptionen...) immer noch nicht angemessen diskutiert und umgesetzt werden. Insofern mögen einige Daten aus dem Buch von 2009 veraltet sein, die dort entwickelten und begründeten Konzepte bzw. der Mehrebenen-Politikansatz ist es keinesfalls.

und naturgemäß schwer zu quantifizieren sind. Das macht jegliche Befassung zum intelligenten Ratespiel.

Kriterium für die nachfolgend getroffene Auswahl sind die in eigener wissenschaftlicher Arbeit gewonnenen Einsichten, Interviews mit Experten, sowie das, was für die afrikanischen Partner relevant ist (was anders sein kann als das, was für Lateinamerika und Asien gilt).

Dabei darf nicht vergessen werden: „Migrations-„ und „Geldflüsse“ sind nur zwei Ausschnitte aus einer zunehmend vernetzten Welt. Globale Wertschöpfungsketten, Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten mit ihrem Potenzial zu Nutzen und Missbrauch sowie Klimawandel sind weitere Belege dafür, warum das „Gemeinwohl“ heutzutage nicht mehr lokal, national oder regional gedacht werden kann, sondern global gedacht werden muss. Entsprechend müssen vor allem Kirchen immer wieder den weltweiten Kontext beachten, indem diese Prozesse spielen, damit Fortschritte in sozialer Gerechtigkeit nicht auf Kosten ökologischer Nachhaltigkeit gehen und umgekehrt, sowie um vorhandene Potenziale und Ressourcen für Transformation gezielt und bestmöglich einsetzen zu können.²

Die Aktualität der aufgeführten Links wurde zuletzt am 25.7.2018 überprüft.

Nachfolgend steht zunächst der Text aus „weltweit“ in kursiv, gefolgt von Erläuterungen in normaler Schrift. Da die Stabsstelle Forschungs- und Advocacy der Jesuitenmission Deutschland/Österreich in Nürnberg angesiedelt ist, dominieren Bezüge auf den deutschen Kontext.

2 Ausgangslage

Unter dem Motto „Ein Europa das schützt“ übernimmt Österreich die EU Ratspräsidentschaft und stellt drei Prioritäten vor: „Österreich rückt Sicherheit und den Kampf gegen illegale Migration, Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung sowie Stabilität in der Nachbarschaft ins Zentrum seines EU-Ratsvorsitzes.“³ Gegenüber Afrika heißt es: „Im Verhältnis zu den Staaten Afrikas werden die Behandlung von Krisensituationen und die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung Schwerpunkte bilden. Darüber hinaus wird sich Österreich für die Umsetzung der Beschlüsse des 5. Gipfeltreffens Afrikanische Union – Europäische Union vom November 2017 einsetzen.“⁴

Hinzu kommt die Idee, in der zweiten Hälfte der EU Ratspräsidentschaft einen weiteren Gipfel von EU und AU einzuberufen, „um die Flüchtlingsthematik auch mit den afrikanischen Staaten zu beraten.“⁵

Mit wenig Phantasie ahnt man, worum es dann (wieder) gehen wird: Mit viel Geld sollen diese Länder bewegt werden, „regionale Ausschiffungsplattformen“ zu errichten, die Durchreise von Migranten zu erschweren und abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen.

Vorstehendes erweckt den Eindruck, als ob Flucht und Migration ein Sicherheitsproblem ist, nicht etwa eine humanitäre Herausforderung. Schaut man in das Programm der

² Siehe etwa (Alt, 2018)

³ Siehe <https://www.eu2018.at/de/agenda-priorities/priorities.html>

⁴ Siehe (Bundeskanzleramt, 2018, S. 19)

⁵ Siehe Österreich plant EU-Afrika Gipfel (30.6.2018). In: Die Zeit <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-06/fluechtlingsfrage-sebastian-kurz-eu-afrika-gipfel-oesterreich-ratsvorsitz>

österreichischen EU Ratspräsidentschaft (Bundeskanzleramt, 2018), so taucht „Behandlung von... Migrationsursachen“ einmal im 72-seitigen Dokument auf: Im Kapitel „Sicherheit und Verteidigung“ auf S. 21, nicht etwa im Kapitel „Entwicklungszusammenarbeit“ ab S. 22. Dort wird zwar auch betont: „Die Verknüpfung von humanitärer Hilfe mit längerfristigen entwicklungspolitischen Maßnahmen, mit dem Ziel wirtschaftliche Perspektiven in den Herkunftsländern, insbesondere für die Jugend, zu schaffen, (ist) ein besonderes Anliegen Österreichs während seines Ratsvorsitzes.“ Danach schließt sich aber unmittelbar an: „Dabei wird die verstärkte Koppelung an die Bereitschaft von Drittstaaten zur Kooperation bei der Rücknahme abgelehnter Asylwerber angestrebt.“

All dies ist nichts wirklich Neues. Schon 2004 forderte Innenminister Schily Flüchtlingslager in Afrika⁶ und die Drohung, Entwicklungshilfe mit der Bereitschaft zu verknüpfen, eigene Staatsbürger zurückzunehmen, existiert mindestens ebenso lange (Alt, 2009, S. 255ff.). Entsprechend ist es nicht prinzipiell sensationell, wenn all diese Dinge wiederkehren, etwa beim EU Rats-Sondergipfel zu Migration am 28/29.6.2018.⁷ Darüber hinaus standen Fragen von Grenzsicherungen und anderen Formen des „Migrationsmanagement“ sowie Rückübernahmen bereits im Zentrum früherer gemeinsamer EU-AU regulärer bzw. Sondergipfel, etwa dem „Migrationsgipfel“ am 11./12.11.2015 in Valletta.⁸

Zwar möchte sich die österreichische Ratspräsidentschaft für die Umsetzung der Beschlüsse des 5. EU-AU Gipfels 2017 in Abidjan einsetzen, aber was war dort eigentlich Thema oder was wurde beschlossen? Vermutlich gab es so viele Meinungen wie Teilnehmende. Die deutsche Bundesregierung jedenfalls offenbarte eine zwiespältige Sicht der Dinge: In der zusammenfassenden Pressemitteilung zu diesem Gipfel war dort das Hauptthema laut Überschrift: „Gemeinsam illegale Migration bekämpfen“, und erst weiter unten im Text wird das Ein-/Zugeständnis der Kanzlerin festgehalten, dass es auch gilt „Wege für legale Mobilität“ aufzuzeigen.⁹

Nur: Warum sollten afrikanische Staaten kooperieren?

⁶ Siehe Schily für Flüchtlingslager in Afrika. (20.7.2004) In: FAZ <http://www.faz.net/aktuell/politik/asylpolitik-schily-fuer-fluechtlingslager-in-afrika-1178370.html>

⁷ Siehe Tagung des Europäischen Rates (28. Juni 2018) – Schlussfolgerungen. <http://www.consilium.europa.eu/media/35938/28-euco-final-conclusions-de.pdf>

⁸ Beispielsweise der EU Gipfel von Valletta 2015: „Mit der Einrichtung des Notfall-Treuhandfonds der Europäischen Union (EU) für Afrika wurde auch das Programm „Better Migration Management“ ins Leben gerufen... (Es) unterstützt die Länder Äthiopien, Djibouti, Eritrea, Somalia, Sudan, Südsudan, Kenia, Ägypten, Tunesien, Uganda ... bei der Sicherung ihrer Grenzen. Im Fokus der Zusammenarbeit stehen autoritäre Staaten wie etwa Äthiopien, Eritrea, Somalia und der Sudan. Wie eine sinnvolle Zusammenarbeit in dem hochsensiblen Bereich der Grenzsicherung gerade mit autoritären Regimen aussehen soll, bleibt unklar. Darüber hinaus planen Deutschland und die anderen EU-Mitgliedstaaten Rückübernahmeabkommen mit weiteren afrikanischen Ländern – so genannte Migration Compacts – und die Verknüpfung dieser mit anderen Handlungsfeldern. Dabei sollen auch Entwicklungsgelder und Handelspräferenzen als Verhandlungsmasse eingesetzt werden.“ Zitat aus „Grenzmanagement und die entwicklungspolitische Dimension der deutschen und europäischen Migrationsagenda“, Bundestags-Drucksache vom 11.11.2016, siehe <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/103/1810333.pdf>. Zu den Gipfelergebnissen insgesamt siehe: Gipfeltreffen zu Migrationsfragen in Valletta, 11.-12.11.2015 <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2015/11/11-12/>

⁹ Zusammenfassender Bericht der Bundesregierung vom 29.11.2017: Gemeinsam illegale Migration bekämpfen, siehe <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Reiseberichte/2017-11-28-eu-afrika-gipfel.html>. Zu den Gipfelergebnissen insgesamt siehe: 5. Gipfeltreffen Afrikanische Union – EU, 29./30.11.2017 <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2017/11/29-30/>

Bislang hat es anscheinend mit der Kooperation afrikanischer Staaten bei diesen Dingen nicht so recht geklappt. Denn sonst wären dieselben Themen nicht ewig wiederkehrend auf der multilateralen und bilateralen Agenda. Entsprechend solle man sich die Frage stellen, woran dies liegen könnte – denn nur wenn man die Gründe kennt, wäre Optimismus gerechtfertigt, dass es diesmal besser klappen könnte.

3 Entwicklungshilfe

Vermutlich wird ihnen (wieder) mehr Entwicklungshilfe versprochen, die 2016 seitens der EU für Afrika bei ca. 25 Milliarden USD lag.¹⁰ Aber damit ist es schon immer so eine Sache: Oft ist die Entwicklungshilfe zweckgebunden, wird als Kredit gewährt, dient zur Schuldentrückzahlung, ist mit Auftragsvergabe an Firmen in den Geberländern verbunden oder zur Absicherung privater Investoren usw. Man wird also von Fall zu Fall überlegen, ob das mehr den Geber- oder Empfängerländern nutzt.

Hier gilt es zwei Schritte zurückzutreten, um den Überblick zu bewahren:

Zunächst sei zugestanden, dass auch in anderen Institutionen und Budgets Entwicklungshilfegelder der EU Mitgliedsstaaten stecken, etwa bei der UN und ihren Werken (z.B. UNHCR), im jeweils nationalen Entwicklungshilfeministerium, vielleicht sogar in anderen nationalen Ministerien wie etwa im deutschen Auswärtigen Amt, welches für humanitäre Hilfe zuständig ist.

Sodann verbindet sich mit dem Begriff „Entwicklungshilfe“ immer noch das Verständnis, es sei eine Hilfestellung der wohlhabenden Ländern gegenüber armen Ländern, damit diese sich „entwickeln“ und früher oder später das Wohlstandsniveau der entwickelten Länder erreichen können. Das klingt gut und eine solche Entwicklungshilfe findet sich auch tatsächlich in vielen politischen Absichtserklärungen wieder, demnächst etwa im Globalen Pakt für Migration, der am 10./11. Dezember 2018 von fast allen Staaten der Welt (ausgenommen die USA und vielleicht Ungarn) unterzeichnet werden wird (United Nations, 2018). Dort wird (wieder einmal) bekräftigt werden: Ziel sei

reducing the incidence and negative impact of irregular migration.... This Global Compact aims to mitigate the adverse drivers and structural factors that hinder people from ... sustainable livelihoods in their countries of origin, and so compel them to seek a future elsewhere (Nr. 11&12).

Letzteres wird etwa konkretisiert in “Objective Nr. 2b&d“, wo die Unterzeichner sich verpflichten:

invest in programmes that accelerate States’ fulfilment of the Sustainable Development Goals with the aim of eliminating the adverse drivers and structural factors that compel people to leave their country of origin, including through poverty eradication, food security, health and sanitation, education, inclusive economic growth, infrastructure, urban and rural development, employment creation, decent work, gender equality and empowerment of women and girls, resilience and disaster risk reduction, climate change mitigation and adaptation, addressing the socioeconomic effects of all forms of violence, non- discrimination, rule of law and good governance, access to justice and protection of human rights, as well as creating and

¹⁰ 21 Mrd. Euro in 2016, was die EU zum größten Geber in und für Afrika macht, siehe: 5. Gipfeltreffen Afrikanische Union – EU, 29./30.11.2017 <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2017/11/29-30/>

maintaining peaceful and inclusive societies with effective, accountable and transparent institutions ...

invest in sustainable development at local and national levels in all regions allowing all people to improve their lives and meet their aspirations, by fostering sustained, inclusive and sustainable economic growth, including through private and foreign direct investment and trade preferences, to create conducive conditions that allow communities and individuals to take advantage of opportunities in their own countries and drive sustainable development (Nr. 18)

Aber leider: Dieser Pakt ist ein rechtlich nicht-bindendes Kooperations-Rahmenwerk. Wie die erklärten Absichten konkret umgesetzt werden und auf wessen Kosten muss erst innerhalb dieses Rahmenwerks von den dazu bereiten Staaten ausgehandelt werden! Dabei enthält gerade der erwähnte Migrationspakt viele Punkte, die richtig und wichtig wären, Migrations- und Fluchtursachen tatsächlich wirksam zu bekämpfen, weshalb in diesem Dokument auch immer wieder auf ihn eingegangen werden wird.

Wie sieht aber sieht, auf diesem Hintergrund, die (leider) viel verbreitetere Praxis aus?

Nehmen wir als Beispiel die deutsche Entwicklungshilfe, die im Jahr 2016 laut der einheitlichen OECD Berechnung bei 24,7 Milliarden USD, womit die „ODA Quote“, also das vor vielen Jahrzehnten versprochene Ziel, Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7% BIP zur Verfügung zu stellen, erstmals erreicht wurde. Im Jahr 2017 lag deutsche Entwicklungshilfe nach OECD Berechnung bei 23,8 Milliarden USD (0,66% BIP). Im aktuellen Bundeshaushalt für 2019 liegt das BMZ Budget bei 11,3 Milliarden USD (0,5% BIP), Steigerungen in den kommenden Jahren sind versprochen, aber nicht, wie beim Verteidigungshaushalt, fest eingeplant.¹¹ Und dies, obwohl selbst der „Masterplan Migration“¹² von Bundesinnenminister Seehofer auf S. 6 die Bekämpfung von Fluchtursachen fordert durch „Ausweitung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit“, woraus auf S.7 folgt: „Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Quote) darf nicht absinken. Auf ihrer jetzigen Basis müssen die Mittel weiter gesteigert werden.“

Über das Vorstehenden hinausgehend lohnt sich bei der Entwicklungshilfe immer wieder, jenseits der nackten Zahlen genauer hinzuschauen.

- Die ODA Quote von 0,7% konnte 2016 nur erreicht werden, weil die Ausgaben für die Flüchtlingsbetreuung innerhalb Deutschlands auf diese Quote anrechenbar war und ist, diese Quote hat also nichts, aber auch gar nichts mit der Fluchtursachenbekämpfung zu tun hat. Ohne diese Anrechenbarkeit hätte die ODA Quote 2016 lediglich 0,52% betragen.¹³

¹¹ Siehe Entwicklungshilfeministerium fordert zusätzliche Mittel aus dem Bundeshaushalt (10.7.2018). In: Handelsblatt <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/streit-um-bundeshaushalt-entwicklungshilfeministerium-fordert-zusaetzliche-mittel-aus-dem-bundeshaushalt/22787494.html>

¹² Masterplan Migration (4.7.2018) Bundesministerium des Inneren, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/migration/masterplan-migration.pdf;jsessionid=AF7A8CFD418B1BD70CD25856573EB86E.2_cid373?__blob=publicationFile&v=5

¹³ Siehe Deutsche ODA-Quote steigt bedingt durch die Flüchtlingsausgaben im Inland erstmals auf 0,7 Prozent (11.4.2017) http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2017/april/170411_pm_040_Deutsche-ODA-Quote-steigt-erstmal-auf-0-7-Prozent/index.jsp sowie Deutschland fällt bei der Entwicklungshilfequote zurück (9.4.2018). In: Der Spiegel <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/entwicklungshilfe-deutschland-gibt-laut-oecd-weniger-fuer-fluechtlige-aus-a-1201993.html>

- Entwicklungshilfe wird verstärkt als Kredit vergeben, was perspektivisch Rückzahlungen und Zinsdienst beinhaltet, was ggf. durch neue Kreditaufnahme abgesichert werden muss.¹⁴
- Sodann ist Geld oft an Einkaufsbedingungen im Geberland geknüpft, was in Afrika keine Jobs schafft.¹⁵
- Jobs vor Ort werden aufgrund von stattlichen staatlichen Förderungen privater Investitionen, etwa durch Versicherungen, Steuerzugeständnisse oder Subventionen, geschaffen und verschwinden, sobald diese Anreize auslaufen – sie sind also nicht nachhaltig; einer unserer Kritikpunkte am „Marshallplan mit Afrika“.¹⁶
- Zunehmend ist v.a. im europäischen Kontext zu beobachten, dass Gelder, die für langfristige Entwicklungsprojekte vorgesehen waren, für „Migrationskontrolle“ umgewidmet werden, und damit eher innen-sicherheitspolitische Ziele verfolgen, etwa Grenzkontrolle oder Polizeiausrüstung, als Armutsbekämpfung.¹⁷
- Schließlich sei erneut erinnert, dass Entwicklungshilfe an die Rücknahme von eigenen Staatsbürgern geknüpft wird.¹⁸

Und gerade im letzten Fall fragen sich afrikanische Regierungen, warum sich das für sie lohnen soll, denn:

¹⁴ Siehe Deutsche Entwicklungshilfe zunehmend auf Pump (11.7.2015) In: Telepolis

<https://www.heise.de/tp/features/Deutsche-Entwicklungshilfe-zunehmend-auf-Pump-3374028.html>

¹⁵ Seit langem ist bekannt: „Denn ein Teil der Entwicklungshilfe fließt direkt in die deutsche Wirtschaft.

„Entwicklungshilfe geht mit Export einher“, sagt Axel Dreher, Professor für Internationale Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an der Uni Heidelberg. Das bedeutet: Durchschnittlich geht mehr Geld aus dem deutschen Topf der Entwicklungshilfe an Länder, die mehr deutsche Güter importieren. Dahinter steht der Gedanke, dass sich Entwicklungshilfe für die Geberländer lohnen soll. Das machte Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel schon bei seinem Amtsantritt klar. „Das ist nicht per se schlecht“, sagt Wolfgang Jamann, Generalsekretär der Welthungerhilfe. Ein negativer Effekt sei jedoch, dass deshalb prinzipiell vor allem „good performer“, also Länder mit wirtschaftlich guten Aussichten eine Chance auf Kredite hätten. Das kritisiert auch der heute vorgestellte Bericht von Welthungerhilfe und Terre des Hommes. Auch Mischfinanzierung, also die Koppelung von Geldern des BMZ und der KfW-Bank, so Jamann, sei ein Mittel, das immer mehr zunehme, das aber vor ebenfalls allem Schwellenländern zu Gute komme. Die ärmsten Länder würden dabei mehr und mehr vergessen.“ Wie Deutschland an den Armen verdient. (22.11.2012) In: Handelsblatt

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/entwicklungspolitik-bereichert-sich-die-deutsche-wirtschaft-auf-kosten-der-armen/7423522-2.html?ticket=ST-1618223-eR6xVPyFmCkJUDWKllqE-ap3> Das hat sich nicht wesentlich geändert. Ein aktuelles Beispiel aus unserem Partnerland Sambia: Das ist Entwicklungshilfe, die Hunger macht. (19.5.2018) In: Deutschlandfunk https://www.deutschlandfunkkultur.de/deutsche-investitionen-in-sambia-das-ist-entwicklungshilfe.958.de.html?dram:article_id=411206

¹⁶ Siehe Stellungnahme von Jesuitenmission, Jesuit Hakamani Centre sowie Jesuit Centre for Theological Reflection vom 27.2.2017 unter https://www.taxjustice-and-poverty.org/fileadmin/Dateien/Taxjustice_and_Poverty/Advocacy/170227MuellerBrief.pdf

¹⁷ Siehe hierzu zunächst die Kritik von Maria Heubuch an dem „Nothilfe-Treuhandfonds“, der aus dem EU-AU Gipfel 2015 in Valletta hervorging <<https://www.maria-heubuch.eu/entwicklung/singleview/news/evaluierungsstrukturelle-schwachen-bei-migrationsprojekten-der-eu-in-afrika/>>, sowie die Kritik an der Umwidmung von Geldern aus dem Haushaltsinstrument „für Stabilität und Frieden“ durch das EU Parlament am 14.9.2017 <<https://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2017/september/grosse-koalition-im-europa-parlament-zweckentfremdet-eu-friedensgelder-14-09-2017.html>>: In beiden Fällen offenbart sich der Trend weg von langfristigen Entwicklungszielen und Armutsbekämpfung hin zu kurzfristiger Migrationskontrolle und Flüchtlingsabwehr, auch um den Preis der Kooperation mit sehr zwielichtigen Milizen und Diktatoren.

¹⁸ „Schon jetzt knüpft die EU ihre Entwicklungshilfe verstärkt daran, dass Länder Flüchtlinge zurückhalten oder zurücknehmen. Und es zeigen sich bereits erste Resultate: Durchquerten im Mai noch 70.000 Migrantinnen die Sahara im [Niger, eines der wichtigsten Transitländer auf dem Weg nach Europa](#), waren es im November nur mehr 1.500, berichtet die [EU-Kommission](#).“ Breittegger, B./Völlinger V. (15.12.2016) Europa sucht seine Grenzen in Afrika. In: Die Zeit <https://www.zeit.de/politik/2016-12/fluechtlinge-eu-abschiebung-mali-afrika-vereinbarungen>

4 Geld-Rücküberweisungen

Zugleich muss bedacht werden: Bis 2035 werden in Afrika 450 Millionen junge Arbeitssuchende Jobs benötigen, aber wohl bestenfalls 100 Millionen Jobs geschaffen.¹⁹ Außerdem sind Sozialsysteme in afrikanischen Ländern erst im Aufbau und es ist Aufgabe der Söhne, für ihre Familien zu sorgen.²⁰ Von Migranten wird viel Geld in die Herkunftsländer überwiesen: Zwischen 40 und 150 Milliarden USD pro Jahr – ein Vielfaches der Entwicklungshilfe! Und gerade Menschen in den ärmsten Ländern profitieren von diesen Geldflüssen! Dortige Regierungen werden also weiterhin sehr froh sein, wenn junge Leute ihre Zukunft außerhalb des Landes suchen.

Dies ist ein ganz zentraler Punkt, um die Einstellung und (zögerlich-fehlende) Kooperationsbereitschaft afrikanischer Regierungen von Migranten-Herkunftsländern zu verstehen. Doch zunächst gibt es hinsichtlich Afrikas gleich mehrere Probleme:

Zunächst werden nicht in allen afrikanischen Staaten Statistiken zu Umfang und Ausmaß von Migranten-Rücküberweisungen erstellt. Bemessungsprobleme werden beispielsweise von einem Team der Weltbank wie folgt erläutert: Eine wichtige Quelle ist zunächst die Zahlungsbilanzstatistik des IWF, die wiederum in ihren Angaben deutlich niedriger liegt als die Angaben afrikanischer Zentralbanken und Regierungen. Dies hat u.a. etwas damit zu tun, dass es schwer ist, Geldzuflüsse nach Kategorien aufzudröseln. Hinzu kommt, dass bereits legale Migranten, angesichts der Kosten offizieller Transferwege über Banken und Finanzdienstleister wie Western Union oder Moneygram, inoffizielle Kanäle wählen, etwa Kuriere, regulär Reisende, Havalla und Hundi Banking oder die neu entstehenden Überweisungsformen per Internet und Telefon, die erst recht nicht systematisch statistisch erfasst werden (Ratha & al., 2011, S. 51ff.). Zwischen 45 und 65% aller Überweisungen gehen heute geschätzt durch informelle Kanäle.²¹ Weltbankökonom Dilip Ratha gibt entsprechend zu, dass über informelle Transferkanäle gleich viel oder gar noch mehr Geld fließen könnte als offiziell erfasst: „Surveys of migrants and remittance recipients and other secondary sources suggest that informal remittance flows, which are not included in the IMF estimates, could be equal to or exceed official figures for Sub-Saharan Africa.“ (Ratha & al., 2011, S. 52)

Sodann ist eine wichtige Frage, ob man wagt, Überweisungen „illegaler“ Migranten in Gesamtschätzungen mit einzubeziehen. Dies ist mit besonders hoher Unsicherheit behaftet, da deren Gelder erst recht nicht über formale und statistisch erfassbare Kanäle verlaufen. Dennoch gibt es viele gute Gründe zur Annahme, dass auch „illegale“ Migranten sehr hohe Summen an ihre Angehörigen in den Herkunftsländer überweisen (Alt, 2009, S. 172ff).

Last not least ist bei Publikationen darauf zu achten, ob Zahlen für ganz Afrika inklusive der Maghreb/Sahel Staaten berechnet werden oder nur Subsahara Afrika.

Auf diesem Hintergrund einige „Guesstimates“ solcher Geldflüsse in die Länder Afrikas:

¹⁹ Diese Zahlen sind von S. V des Africa Competitive Report 2017, siehe <http://documents.worldbank.org/curated/en/733321493793700840/pdf/114750-2-5-2017-15-48-23-ACRfinal.pdf>

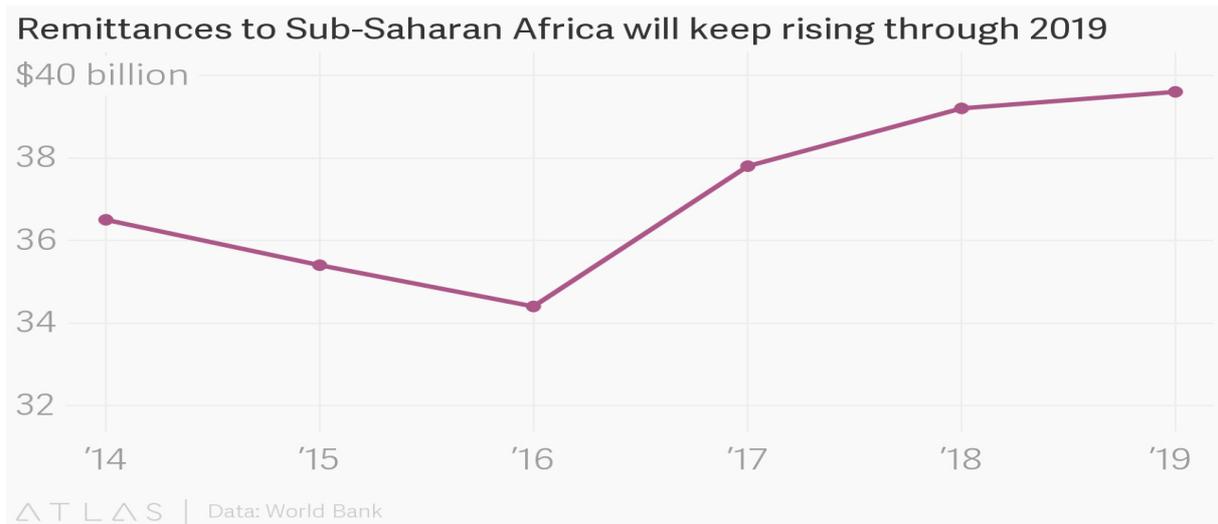
²⁰ Anders gesagt: Kinder sind für viele immer noch die beste Absicherung gegen Altersarmut sind, weil man davon ausgeht, dass diese später für ihre Eltern sorgen. Daraus resultiert nicht nur die hohe Geburtenrate, sondern ebenfalls eine Motivation von Familien, Geld zusammenzulegen, damit wenigstens eine Person aus der Großfamilie eine erfolgreiche Emigration in reiche Länder schafft. Dazu (Andebo, 2014a) sowie weitere Unterlagen unserer Tax Justice & Poverty.

²¹ Eine Übersicht über neue Entwicklungen beim Rücküberweisungstransfer bietet Lee Naik (12.7.2018) Who will be the WhatsApp of remittances? ITWeb, siehe <https://www.itweb.co.za/content/ILn14MmyLbaMJ6Aa>

- 39 Milliarden USD (nur Subsahara Afrika, Weltbank 2017 und KNOMAD)²²
- 65 Milliarden USD (durchschnittlich 2014-2016, ganz Afrika (UNCTAD, 2018, S. 135))
- 50 Milliarden USD, und bis zu dreimal mehr bei Einbeziehung der „illegalen“ (ganz Afrika)²³

Und: der Trend geht nach oben.

Abbildung 1 Geldrücküberweisungen nach Sub-Sahara Afrika werden auch 2019 ansteigen²⁴



Anbei einige ausgewählte Zahlen zu einzelnen Ländern. Die Bedeutung dieser Geldflüsse wird vor allem dadurch veranschaulicht, wenn man ihren Anteil am nationalen BIP betrachtet:

Abbildung 2 Rücküberweisungen von Migranten in absoluten Zahlen sowie relativ als Anteil am BIP²⁵

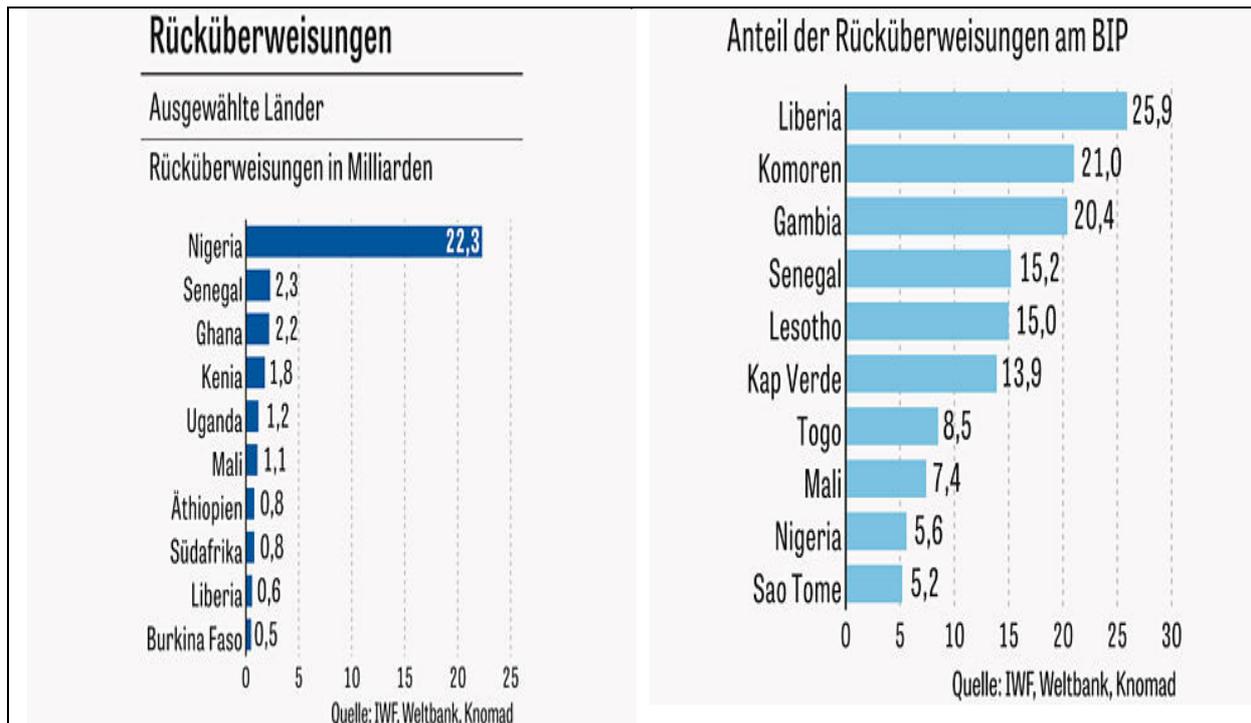
²² (World Bank Group; KNOMAD, 2017) KNOMAD steht dabei für “Global Knowledge Partnership on Migration and Development”

²³ „Jahr für Jahr schicken die 140 Millionen im Ausland lebenden Afrikaner fast 50 Milliarden Dollar heim. Die Dunkelziffer könnte ums Doppelte oder gar ums Dreifache höher sein, meinen Experten, denn viele geben ihr Geld heimreisenden Bekannten mit, das damit in keiner Statistik auftaucht. Schon die 50 Milliarden Dollar entsprechen knapp drei Prozent des afrikanischen Bruttoinlandsprodukts und wiegen die gesamte Entwicklungshilfe auf.“ (Dieterich, 2016)

²⁴ Die der Grafik zugrundeliegende Datenbasis stammt von (World Bank Group; KNOMAD, 2017), die Grafik selbst von <https://qz.com/1220998/cash-remittances-to-africa-up-again-says-world-bank-world-remit-sees-opportunity/>

²⁵ Die den Grafiken zugrundeliegende Datenbasis stammt von (World Bank Group; KNOMAD, 2017), die Grafiken selbst von Geisler, H. (23.3.2018) Ziel Europa. In: Frankfurter Rundschau

<http://www.fr.de/politik/flucht-zuwanderung/migration-aus-afrika-ziel-europa-a-1473496,0#artpager-1473496-1>

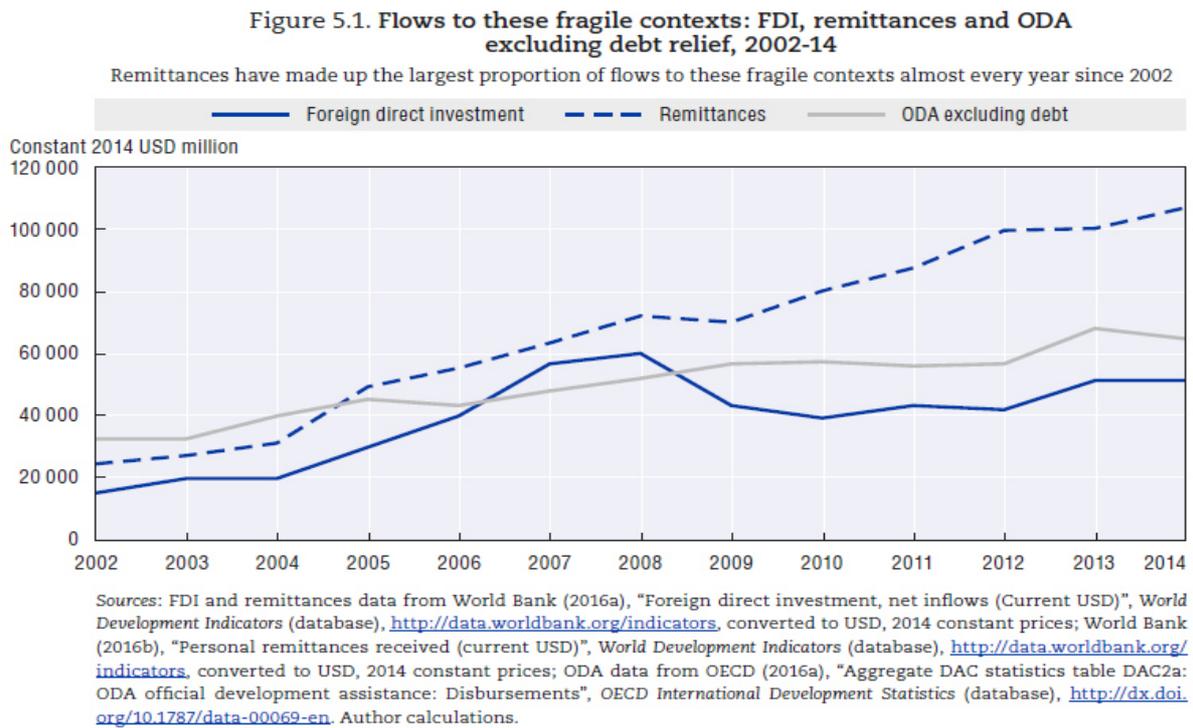


Wie verhalten sich diese Geldflüsse mengenmäßig zur Summe von Entwicklungshilfe und ausländischen Direktinvestitionen? Erneut hängt davon ab, ob man nur die Rücküberweisungen legaler Migranten betrachtet, oder ob man auch einen „guesstimate“ zur Gesamtsumme, d.h. auch jener die außerhalb der statistisch messbaren Kanäle, riskiert.

In OECD Untersuchungen übersteigen Rücküberweisungen diese Summe aus Entwicklungshilfe und Direktinvestitionen:²⁶

²⁶ Nachstehende Grafik aus (OECD, 2016), aktuelles Material siehe auf <http://www.oecd.org/dac/stats/beyond-oda-remittances.htm>

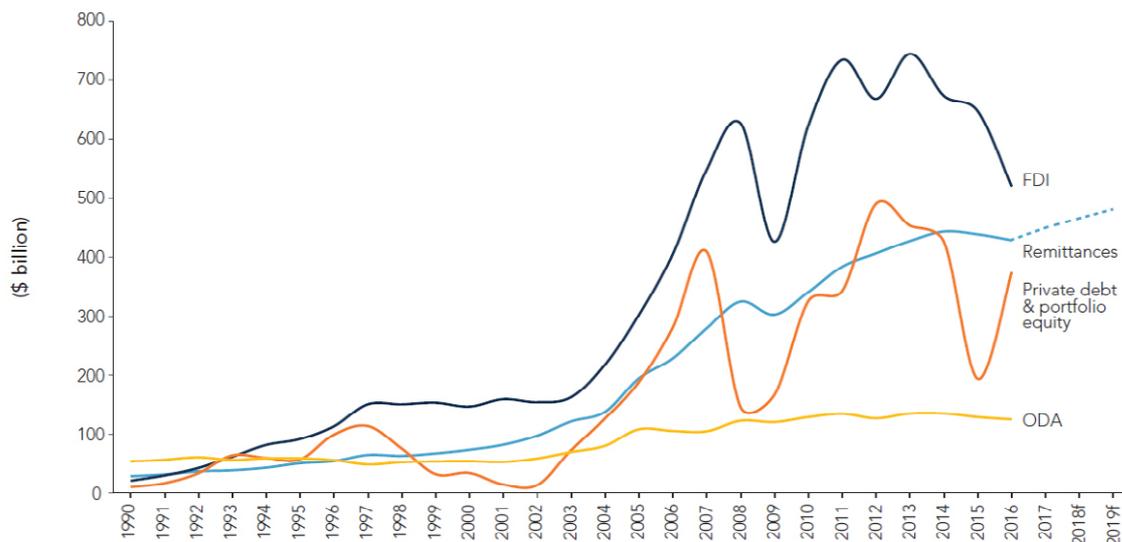
Abbildung 3 Finanzströme in "fragile Staaten": Direktinvestitionen, Rücküberweisungen, ODA ohne Schuldenerlass



Die Weltbank hingegen verzichtet i.d.R. auf die Schätzung informeller Überweisungen und kommt zu einer niedrigeren Einschätzung, wobei auch in ihren Publikationen stets bekräftigt wird, dass Rücküberweisungen ein Vielfaches an Entwicklungshilfe betragen:

Abbildung 4 Rücküberweisungen von Migranten in Entwicklungsländer überwiegen Entwicklungshilfe und sind stabiler als private Geldflüsse

FIGURE 1.1. Remittance Flows to Developing Countries Are Larger than Official Development Assistance and More Stable than Private Capital Flows, 1990–2019



Sources: World Bank staff estimates; World Development Indicators. See appendix A for data and forecast methods.
 Note: FDI = foreign direct investment; ODA = official development assistance.

Source 1(World Bank Group; KNOMAD, 2017)

Gerade Menschen in armen Staaten profitieren von diesen Geldern für ihren Konsum, Hausbau oder die Gründung kleiner Betriebe²⁷. Indirekt könnten solche berechenbare Zuflüsse dazu führen, dass die Kreditwürdigkeit armer Länder neu bewertet oder erleichterte Anleihen auf den Kapitalmärkten ermöglicht werden könnten (Alt, 2009, S. 176f.) und (Ratha & al., 2011, S. 54f.).

Eine Reihe von Indikatoren sprechen für die armutsbekämpfende Wirkung jener Rücküberweisungen.²⁸ Hinzu kommt, dass solche Überweisungen gegenzyklisch sind, denn: In Zeiten der Not geben sich Migranten noch mehr Mühe, ihren Familien und Angehörigen zu helfen, was bei Entwicklungshilfe eher nicht der Fall ist, da hier in Zeiten der Krise gekürzt wird...

The United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) made this known in its Economic Development In Africa Report 2018 titled: "Migration for Structural Transformation." "Aggregate estimates of international migrant remittance flows show that cash remittances are greater than official development assistance and also more stable than foreign direct investment and are thus a critical and stable source of external finance for Africa," according to the report. The report, released on May 31, this year in Accra, stated that migration could boost productivity growth in agriculture, construction, mining and services.²⁹

Der letzte Satz leitet über zur wirtschaftlichen Bedeutung der so genannten Diaspora Communities:

5 Diaspora Communities

Zwischen 30 und 140 Millionen Afrikaner leben außerhalb ihrer Herkunftsländer.³⁰ Die hohe Unsicherheit kommt daher, dass nur ein Teil von ihnen statistisch erfassbar ist. Selbst jene, die einst legal eingereist sind und von denen man eine Ausreise annimmt können im Land verblieben sein, viele sind gleich „illegal“ emigriert und deshalb in keiner Statistik erfasst. Beide Gruppen leben in den so-geannten Diaspora Communities zusammen, teils harmonisch-kooperativ, teils in Spannung.

Diese Diaspora Community haben für ihre Herkunftsländer eine große Bedeutung – nicht nur wegen der Überweisung von Geld- und Sachleistungen, sondern auch als „Brückenkopf“ für die Herstellung von wirtschaftlichen (Geschäfts- und Handels)Beziehungen, das Organisieren von Ausbildung, Beschäftigung oder Gesundheitsfürsorge.³¹

²⁷ Allein in Somalia „sind vierzig Prozent aller Familien auf Unterstützung aus dem Ausland angewiesen, jährlich kommen auf diese Weise bis zu zwei Milliarden Dollar ins Land. Das entspricht mehr als einem Fünftel des Bruttoinlandsproduktes und übertrifft bei Weitem die Entwicklungshilfe für Somalia. Ohne diese Rimessen der in alle Welt zerstreuten Landeskinde wäre der durch einen 27-jährigen Bürgerkrieg völlig zerstörte Staat nicht überlebensfähig. Ausgerechnet von Flüchtlingen wird die geschundene Nation am Leben erhalten. Es ist der krasseste, aber keineswegs einzige Fall eines afrikanischen Staates, der am Tropf seiner emigrierten Bürger hängt. Auch Eritrea, Äthiopien oder Gambia könnte ohne die Rimessen ihrer Migranten kaum wirtschaften...“ (Dieterich, 2016)

²⁸ „Diese Gelder würden auch wesentlich sinnvoller als die Entwicklungshilfe eingesetzt, sagen Kenner der Materie, denn die Familien wüssten am besten, was sie am nötigsten haben. Und außerdem ist der notorische Mittelschwund durch Bürokratie oder korrupte Politiker bei den Direktüberweisungen ausgeschlossen.“ (Dieterich, 2016). Siehe hierzu auch (Alt, 2009), (OECD, 2016) sowie (Ratha & al., 2011).

²⁹ Siehe Migration GDP Contribution To Rise (8.6.2018) In: Dailyguide Africa <http://dailyguideafrica.com/migration-gdp-contribution-to-rise/>. Siehe auch (Alt, 2009), (UNCTAD, 2018) sowie (Ratha & al., 2011).

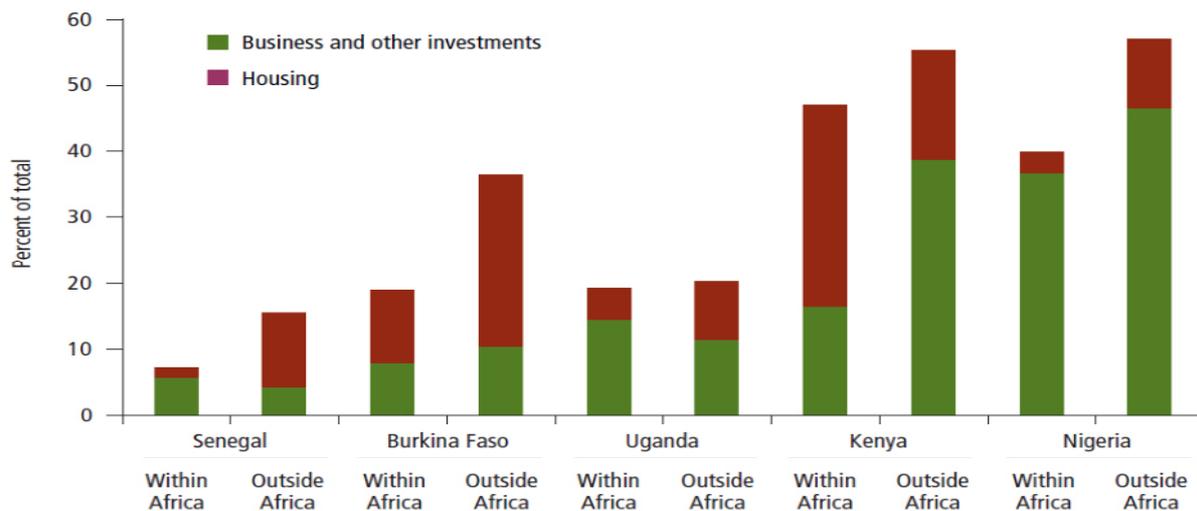
³⁰ Die untere Grenze 30 Millionen nach Ratha, 2011, von diesem selbst als viel zu niedrig eingeschätzt. Die höchste bei der Recherche gefundene Zahl von 140 Millionen ist von (Dieterich, 2016).

³¹ Siehe (Ratha & al., 2011, S. 147ff.) und (Alt, 2009, S. 179+253ff).

Genau jene Vermischung von legalen und „illegalen“ Immigranten ermöglicht, dass Geld-Rücküberweisungen in die Herkunftsländer nicht nur den Konsum der Familie im Herkunftsland, deren Gesundheitsfürsorge oder Bildung finanziert, sondern auch zu längerfristigen Investitionen führen – auch in kleine und mittlere Unternehmen.

Abbildung 5 Investitionen von Migranten-Rücküberweisungen von innerhalb und außerhalb Afrikas in Wohnhäuser und Unternehmen,

Figure 4.3 Investments in Business and Housing Funded by Remittances from within and outside Africa



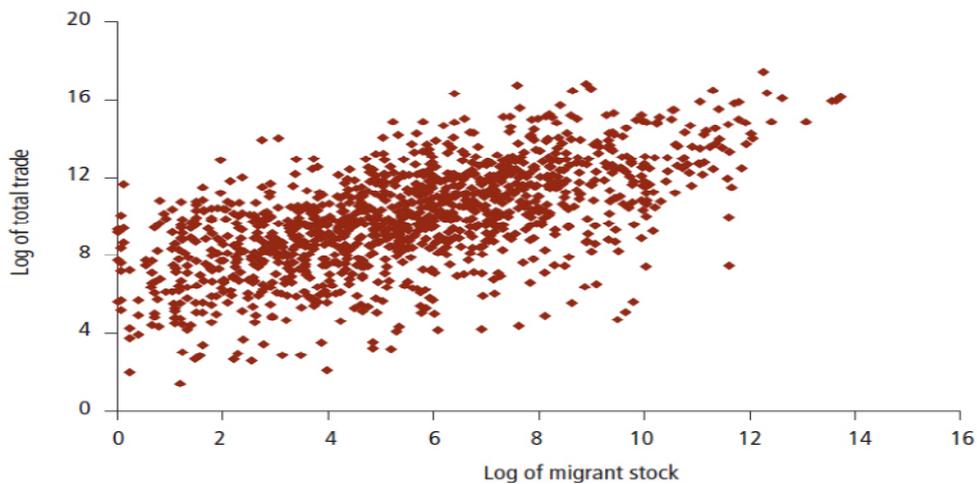
Source: Authors, based on results of Africa Migration Project Household surveys in Burkina Faso, Kenya, Nigeria, Senegal, and Uganda in second half of 2009, Plaza, Navarrete, and Ratha 2011.

Note: "Other investments" includes purchases of land, livestock, and agricultural equipment and investment in agriculture.

Source 2 (Ratha & al., 2011, S. 154)

Sind Unternehmen erstmal gegründet, ist der Weg frei zu Handelsbeziehungen, weshalb das Weltbankteam eine klare Verbindung sieht zwischen Migration einerseits, und der Ausweitung von Handel andererseits:

Figure 4.2 Migration and Trade Go Hand in Hand: African and OECD Countries



Source: Authors, based on data on migrant stocks from World Bank 2010; 2007 trade data from World Integrated Trade Solution (WITS); and methodology in Dolman 2008.

Source 3 (Ratha & al., 2011, S. 152)

Und das Beste ist: All dies kann, auch und gerade vorbei an korrupten staatlichen Strukturen geschehen – eine Einsicht, die auch in Lateinamerika zu beobachten war.³²

Darüber hinaus gibt es sogar Überlegungen, wie angespartes Kapital aus diesen *communities*, das konservativ geschätzt um die 50 Milliarden USD pro Jahr betragen dürfte (siehe nachstehende Tabelle), für die Entwicklung der Herkunftsländer genutzt werden kann, etwa durch das Auflegen spezieller Bonds (Ratha & al., 2011, S. 156ff.).

³² Siehe Alt 2009, S. 179f und 253f sowie: Ade Daramy (Chair of the African Foundation For Development (Afford)) (11.5.2016) Remittances are three times greater than aid – how can they go even further? In: The Guardian <https://www.theguardian.com/global-development-professionals-network/2016/may/11/remittances-three-times-greater-aid-sdgs>

Abbildung 7 Geschätzte Ersparnisse durch Migranten aus ausgewählten Afrikanischen Staaten, 2009

Table 4.1 Estimated Savings by Migrants from Selected African Countries, 2009

Country	Emigrant stock (millions)	Estimated savings by migrants	
		Billions of dollars	Percent of GDP
Egypt, Arab Rep.	3.7	6.0	3.2
Morocco	3.0	9.6	10.5
Zimbabwe	1.3	1.6	34.4
Algeria	1.2	4.2	3.0
Côte d'Ivoire	1.2	0.6	2.6
Nigeria	1.0	3.5	2.0
Sudan	1.0	1.3	2.3
South Africa	0.9	3.8	1.3
Congo, Dem. Rep.	0.9	1.1	10.5
Ghana	0.8	2.0	7.5
Somalia	0.8	1.8	..
Uganda	0.8	0.6	4.0
Tunisia	0.7	2.0	5.1
Ethiopia	0.6	1.9	6.5
Senegal	0.6	0.9	7.0
Kenya	0.5	1.8	6.1
Angola	0.5	0.9	1.1
Liberia	0.4	0.6	66.8
Cameroon	0.3	0.8	3.8
Mauritius	0.1	0.6	7.2
Other	10.2	7.1	2.5
Total	30.5	52.7	3.6
Sub-Saharan Africa	21.8	30.4	3.2
North Africa	8.7	22.3	4.3

Source: Ratha and Mohapatra 2011.
Note: .. = negligible.

Auch hier also ein finanzielles Potenzial, über das jährlich doppelt so viele Mittel generiert werden könnten wie mit der jährlichen Entwicklungshilfe aus der EU.

Aufgrund der überragenden Bedeutung von Diaspora Communities ist diese Gruppe der Auslandsafrikaner in der Agenda 2063 der Regierungen der Afrikanischen Union ausdrücklich mit angesprochen.

Noch zwei wichtige und abschließende Aspekte:

Das armutsbekämpfende und entwicklungspolitische Potenzial von Rücküberweisungen könnte enorm vergrößert werden, wenn die Kosten für die Überweisung dieser Gelder gesenkt werden. Gerade Western Union und Moneygram sind bekannt dafür, dass sie überhöhte Gebühren verlangen. Bereits 2009 versprachen die G9, dieselben auf ca. 5% zu senken, ohne dass sich daran wesentliches geändert hätte.³³ Und erneut werden die Staaten der Welt dies kommenden Dezember im Global Compact for Migration versprechen.³⁴

Natürlich gibt es auch Nachteile bei solchen Rücküberweisungen (wie etwa Ungleichheit zwischen Familien, die Geld aus dem Ausland bekommen und jenen, denen dies nicht gelungen ist), oder es kann auf diese Weise kein tragfähiger Aufschwung für alle zustandekommen.³⁵ All dies sind aber Probleme, die durch eine Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe gelöst werden könnten!

³³ Siehe Cecchetti, St./ Schoenholz, K. (27.3.2018) The stubbornly high costs of remittances. InVoxEu, <https://voxeu.org/article/stubbornly-high-cost-remittances>

³⁴ Objective 20 of the Global Compact for Migration, (United Nations, 2018, S. 27f.)

³⁵ Zu den Nachteilen von Geldrücküberweisungen siehe Alt 2009, S. 185ff.

Vorstehendes sollte ausreichend belegen, warum afrikanische Staaten ein größeres Interesse am Fortbestehen legaler und illegaler Migration haben als an einer Kooperation mit Migrationszielländern in der Unterdrückung von Migration, auch wenn sie dies mit mehr Entwicklungshilfe verbunden sein sollte.

6 Legale Migrationsoptionen

Wer also den Kollaps afrikanischer Länder verhindern will, sollte lieber gründlich über faire und tragfähige Alternativen nachdenken. Denn die gibt es, und auf die wollen Jesuiten verstärkt aufmerksam machen.

Die einfachste Alternative zu Flucht, „illegaler“ Migration und der „Schleuserindustrie“ ist die Schaffung von Perspektiven und Lebensbedingungen in den Herkunftsländern. Hierbei sollte man sich an afrikanischen Vorstellungen orientieren, wie sie etwa in der Agenda 2063 der Afrikanischen Union vorgestellt werden.³⁶ Wie aber können die hierzu benötigten Ressourcen mobilisiert werden?

Ein erster Weg ist, legale befristete und permanente Einwanderungsmöglichkeiten zu eröffnen. Dies jedenfalls empfiehlt Rodrigue Naortanga SJ, Stipendiat der Jesuitenmission von und inzwischen Mitarbeiter 'Institut de Théologie de la Compagnie de Jésus in Abidjan, der Hauptstadt der Elfenbeinküste, einem der größten Migrations-Ursprungsländer für die EU, wobei die legale Migration eine deutlich größere Bedeutung hat als die „illegale“ Migration. Jede Woche verlassen ca. 2000 Menschen die Elfenbeinküste legal in Richtung nach Europa. Richtig gestaltet, profitieren davon die Herkunfts- und Empfängerländer. Dies sieht auch der deutsche Botschafter in Abidjan, Klaus Auer, so,³⁷ der die Jesuiten bei der Organisation entsprechender Konferenzen unterstützt.

Es ist immer wieder wichtig, die Unterschiede zwischen Flucht und Migration zu betonen. Die Gruppe der ersteren hat wenig Optionen zum Verbleib zu Hause: Bleiben sie, riskieren sie ihr Leben, weshalb man auch von „Zwangsmigration“ sprechen kann, in Abgrenzung zu „normaler“ Migration. Dieser bezeichnet eher eine bewusst geplante und sorgfältig vorbereitete Auswanderung, obwohl es zu Hause Bleibeoptionen gäbe. Natürlich ist das idealtypisch, die Motivationen hinter der Wanderung vieler Menschen liegt irgendwo auf einer graduellen Skala zwischen Zwang und Freiwilligkeit. Eine Flucht kann innerhalb des eigenen Landes (sog. Internally Displaced Persons, IDPs) erfolgen, regional in einem

³⁶ Siehe (African Union, 2015). Freilich muss beachtet werden, dass diese Agenda 2063 sehr stark vom wirtschaftlichen Wachstumsgedanken geprägt ist wenn auf S. 32 als Ziel angegeben wird, Afrika möge ein „global growth pole“ werden um angemessen GDP Wachstum, Jobs und Einkommen generieren zu können und entsprechend ökologische Erwägungen den zweiten Rang einnehmen. Allerdings ist auch hier eine innerafrikanische Diskussion in Gang gekommen, die auf die Notwendigkeit einer größeren Balance hinweist.

³⁷ „Der Deutsche Botschafter in Abidjan, Klaus Auer, kann die Beweggründe der jungen Ivorer gut nachvollziehen. "Die Côte d'Ivoire, die ja früher mal die Vitrine Westafrikas war, hat durch die langjährige wirtschaftliche und militärische Krise sehr an Potential verloren. Ist jetzt in einer Phase sich zu erholen, aber diese sich jetzt erholende Wirtschaft generiert lange nicht genügend Arbeitsplätze, um all die jungen Leute, die nun aus dem Ausbildungssystem rauskommen, denen einen adäquaten Job zu liefern." Einen Braindrain, also den Exodus von Fachkräften im Heimatland, befürchtet der Deutsche Botschafter nicht. Er betont die positiven Effekte von Migration auf beiden Seiten: "Wenn wir von einer geregelten Migration reden, wo gut ausgebildete Ivorer mit einem Visum ausgestattet und mit Aussicht auf einen Arbeitsplatz in Europa zu uns kommen, dann hat das sowohl für die europäischen Wirtschaften eine positive Wirkung, aber auch für die Côte d'Ivoire. Von einem Gehalt, was ein Ivorer in Deutschland verdient, leben hier in der Côte d'Ivoire viele, viele Leute."“

Siehe Maier, M. (16.7.2015) Braindrain an der Elfenbeinküste In: Deutschlandfunk

https://www.deutschlandfunk.de/serie-migration-bewegt-braindrain-an-der-elfenbeinkueste.769.de.html?dram:article_id=325610

Nachbarland enden oder über ganze Kontinente hinweggehen. Das hängt von den vorhandenen (Über-)Lebensbedingungen ebenso ab wie von der Aufnahmebereitschaft der Länder und dem verfügbaren Kapital für die Flucht, sowohl vorhandenes als auch durch Verschuldung erhobenes. Sowohl eine Flucht als auch eine Auswanderung kann legal oder illegal erfolgen. Es kommt, kurz gesagt, stets und prinzipiell auf die Betrachtung eines jeden einzelnen Falles an.

Die legale Migration in all ihren Formen (befristet, dauerhaft, saisonal, zirkulär...) dürfte die „illegale“ Migration an Bedeutung übersteigen – mit weiter ansteigender Tendenz. Darunter fallen Familienzusammenführungen, Tourismus, Business, Studierende, Auszubildende, Saisonarbeiter, AuPairs... Ein sichtbares Zeichen dafür ist die konstante Ausweitung der Flugverbindungen aus afrikanischen Hauptstädten nach Europa. Allein von Abidjan gehen wöchentlich mehrere A380 der Air France nach Paris, ebenso erhöhten in den letzten Jahren CorsAir, Brussels Airline und andere ihre Frequenz – und dies sind nur Verbindungen in französischsprachige Teile der EU.

Eine genaue Statistik über das Ausmaß legaler Migration zwischen Afrika und Europa ist allerdings nicht (leicht) zu bekommen: Gibt man „Legale Migration Afrika Europa“ bei Google ein, so kommen keine brauchbaren Hinweise. Alles dreht sich im Internet um die Fluchtmigration. Das dürfte u.a. daran liegen, dass legale Reiseoptionen immer noch von Nationalstaaten verwaltet werden.

Zu Deutschland sieht es wie folgt aus: Schaut man auf die Top-10 unter den Fluchtmigrations-Ländern 2014-2017, ergibt sich folgende Statistik:

Abbildung 8 Die zehn zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten von 2014-2017 bei Erstanträgen³⁸

Die zehn zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten von 2014 bis 2017 (Erstanträge)

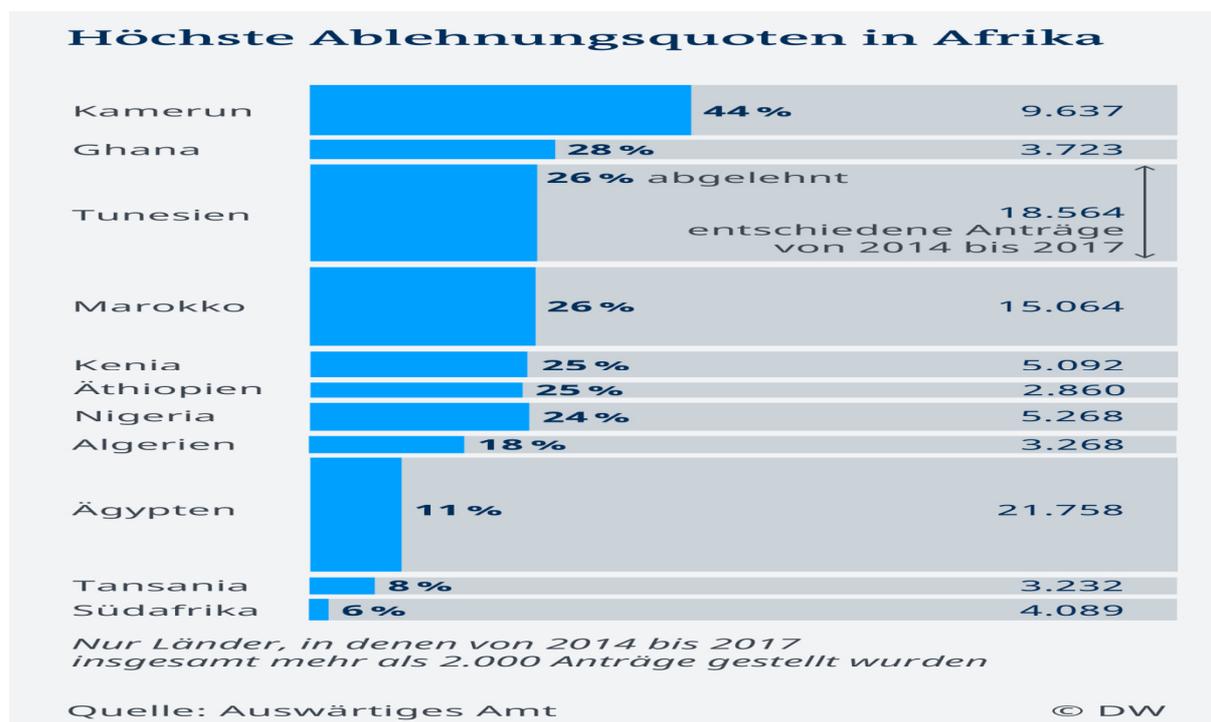
Staatsangehörigkeit	2014		2015		2016		2017	
Afghanistan	4	9.115	4	31.382	2	127.012	3	16.423
Albanien	5	7.865	2	53.805	6	14.853		
Bosnien u. Herzegowina	7	5.705						
Eritrea	3	13.198	8	10.876	5	18.854	4	10.226
Irak	10	5.345	5	29.784	3	96.116	2	21.930
Iran, Islam. Republik					4	26.426	5	8.608
Kosovo	6	6.908	3	33.427				
Mazedonien	8	5.614	9	9.083				
Nigeria					9	12.709	7	7.811
Pakistan			10	8.199	8	14.484		
Russische Föderation					10	10.985	9	4.884
Serbien	2	17.172	6	16.700				
Somalia	9	5.528					8	6.836
Syrien, Arab. Republik	1	39.332	1	158.657	1	266.250	1	48.974
Türkei							6	8.027
Ungeklärt			7	11.721	7	14.659	10	4.067
Summe Top-Ten		115.782		363.634		602.348		137.786
Asylanträge insgesamt		173.072		441.899		722.370		198.317
Prozent-Anteil *		66,9%		82,3%		83,4%		69,5%

* Top-Ten-Staatsangehörigkeiten in Relation zu allen Asylanträgen
 ☞ Die Rangziffer ist den absoluten Zahlen jeweils vorangestellt.

Die Liste der Visumsanträge für eine legale Einreise nach Deutschland lautet hingegen wie folgt:

³⁸ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Flyer vom 30.1.2018, siehe <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Flyer/flyer-schluesselfzahlen-asyl-2017.html?nn=1694460>

Abbildung 9 Ablehnung und Genehmigungen von Visumsanträgen, ausgewählte afrikanische Länder³⁹



Diese beiden Statistiken veranschaulichen zunächst, dass lediglich zwei afrikanische Länder unter den Top-10 der Asylbewerber-Zugangszahlen sind: Eines davon ein bekanntermaßen autoritär regiertes Land mit hohem Unterdrückungs- und Konfliktpotenzial (Eritrea), das andere ein „fragile state“ (Somalia) – aus beiden Ländern wäre eine legale Einreise kaum denkbar. Der einzige Staat auf beiden Listen ist Nigeria mit nahe beieinanderliegenden Zahlen für beide Gruppen (was der Größe des Landes und der unterschiedlichen Stabilität in verschiedenen Regionen entspricht).

Hinsichtlich legaler Einreisemöglichkeiten ergibt die Recherche der Deutschen Welle, aus der vorstehende Abbildung stammt, dass aus keiner Weltregion so viele Anträge auf legale Einreise abgelehnt werden wie aus Afrika: Von allen gestellten Anträgen liegt die Ablehnungszahl bei afrikanischen Anträgen bei 22% in Vergleich zu Asien 10% und Lateinamerika 5%. Und dies, obwohl in Übereinstimmung mit der Statistik des BAMF in Abbildung 8, aus Afrika die Hauptantragsteller aus Staaten mit vergleichsweise besserer governance kommen als bei den Fluchtmigranten.

Angesichts der anerkannten und auch seitens der Politik beschworenen Bedeutung legaler Migration für die Entwicklung zur Legitimierung einer Bekämpfung illegaler Migration⁴⁰ gilt also dringend, legale Migrationsoptionen, darunter Visavergabe und Einwanderungsgesetzen, verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Ebenso wäre über Legalisierungen und Regularisierung von langaufhältigen und gut integrierten „Illegalen“ nachzudenken,

³⁹ DW Analyse (7.6.2018) Schlechtere Visa-Chancen für Afrika. In: Deutsche Welle <https://www.dw.com/de/schlechtere-visa-chancen-f%C3%BCr-afrikaner/a-44099117>

⁴⁰ Siehe etwa Objective 5 des Global Compact for Migration oder früher anlässlich des 5. EU-AU Gipfel in Abidjan sowie beim „Flucht-Sondergipfel“ im August 2017 in Paris, siehe Kirchner, Th. (29.8.2017) Merkel und Macron wollen Registrierzentren für Asylbewerber in Afrika. In: Süddeutsche Zeitung <http://www.sueddeutsche.de/politik/flucht-gipfel-in-paris-merkel-und-macron-offen-fuer-legale-migration-aus-afrika-1.3643575>

schließlich über angemessen geförderte Rückkehrhilfen anstelle der sündhaft teuren „Abschiebungsindustrie“. Dann kann „Brain Drain“ verhindert und zum „Brain Gain“ umgewandelt werden, dies würde durch Ansparmöglichkeiten Investitionen ebenso fördern wie die durch Ausbildungserfahrungen gewachsene Geschäftsbeziehungen Handel voranbringen könnte.⁴¹

7 FDI & CSA

Der nächste Weg für solide Entwicklung und Arbeitsplätze sind gut investiertes ausländisches Direktkapital. Hier handelte es sich 2016 um 37,5 Milliarden USD.⁴² ‚Gut investiert‘ heißt, dass die Interessen des Investors und Gastlands zumindest gleichwertig sein müssen. Dies ist nicht immer der Fall: Zunächst einmal werden Investitionen oft von Zugeständnissen im Steuerrecht abhängig gemacht. Kenia verzichtet beispielsweise aufgrund von Steuerzugeständnissen an Investoren jedes Jahr auf über 1 Milliarde USD Steuereinnahmen – bei einem Staatsbudget von 12 Milliarden USD! Oder: Investoren nehmen es mit arbeitsrechtlichen Bestimmungen und Umweltauflagen nicht allzu genau. Gerade beim Abbau von Rohstoffen wird auf die Bedürfnisse einheimischer Bevölkerungen wenig Rücksicht genommen. Das versuchen Konzerne mit Akten freiwilliger Corporate Social Responsibility wettzumachen, indem sie eine Schule hier, eine Straße dort spenden. Dies ist Augenwischerei und hat mit Fairness wenig zu tun.

Beim Betrag von 37,5 Milliarden USD als Angabe für ausländische Direktinvestitionen (was zwei Drittel der in Afrika insgesamt investierten FDI ausmacht) sollte zunächst bedacht werden, dass auch dieser unter dem der Geld-Rücküberweisungen von Migranten liegt und dass dieses Geld vor allem in jene Länder fließt, denen es bereits vergleichsweise gut geht. Diese Tendenz, ohnehin schon prosperierende Staaten weiter zu fördern, ist ausdrückliches Ziel entwicklungspolitischer Konzepte, etwa des Marshall Plans mit Afrika. Was zu einem weiteren Abgehängt-Werden der ohnehin schon schwachen Problemstaaten führen würde.

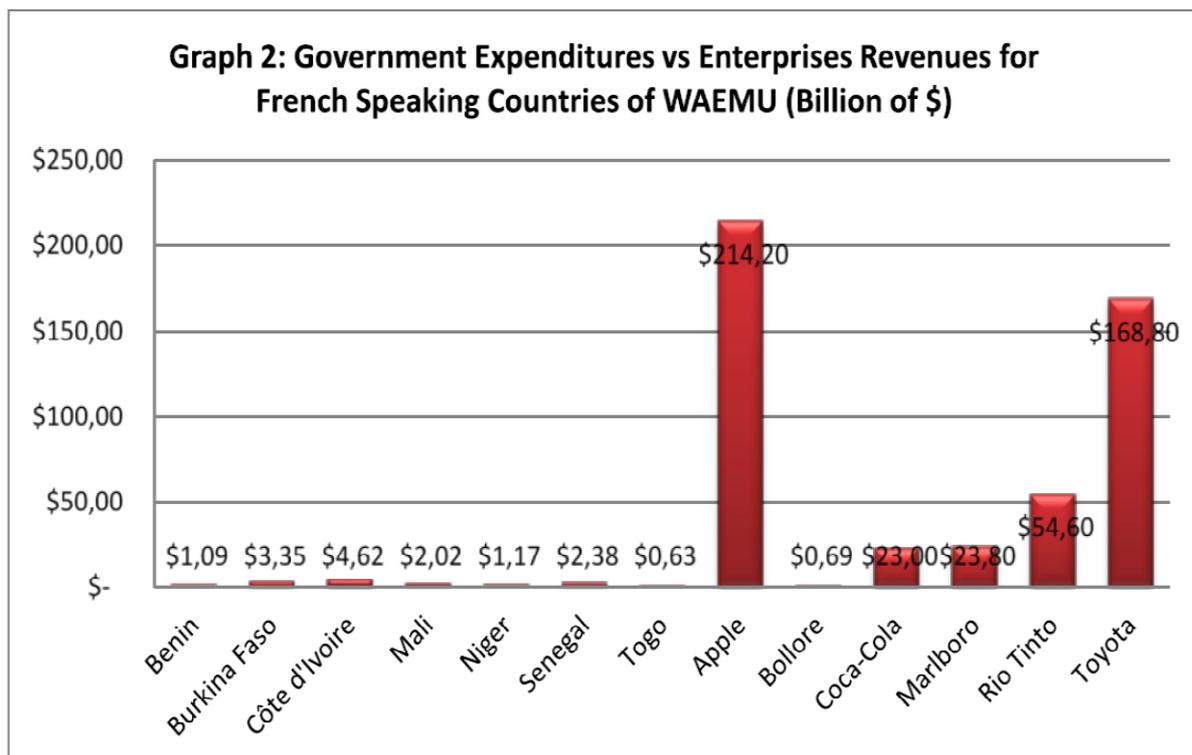
Nur: Wie sehr stehen bei solchen Investitionen die Interessen der Länder im Vordergrund?

Es beginnt damit, dass Konzerne oft bei Regierungen sondieren, welche Bedingungen sie geboten bekommen, falls sie im Land investieren. Etwa, was die Besteuerung von Profiten oder Arbeitsbedingungen betrifft. Und wenn man sich die Größenverhältnisse veranschaulicht, die zwischen Konzernen und ausgewählten Ländern bestehen, kann man sich leicht vorstellen, dass Investoren von Regierungen alles bekommen, was sie sich von ihnen „erbitten“. (Kaboré, 2018, S. 17)

⁴¹ Siehe Alt 2009, S. 230ff.

⁴² 32 Milliarden Euro, siehe 5. Gipfeltreffen Afrikanische Union – EU, 29./30.11.2017, <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2017/11/29-30/>

Abbildung 10 Staatshaushalte westafrikanischer Länder im Vergleich zu Konzernprofiten



Source: World Bank World Development Indicators & Forbes 2016, Graphe: Kabore (2017)

Das im Text zitierte kenianische Beispiel, nämlich 1,1 Milliarden USD Einnahmeverlust aufgrund von Steuergeschenken, wird seit ca. 2012 regelmäßig zitiert. Das entspricht einem Zehntel seiner Gesamtsteuereinnahmen und einem Äquivalent von 3,5% BIP (Alt, 2018e, S. 24). Auch die Kenianische Steuerbehörde gibt dabei zu:

Studies have shown that Kenya foregoes about Kshs. 100 billion annually in tax expenditures, primarily as a result of tax exemptions and investment incentives. Currently, tax expenditures in Kenya stand at 3.5% of GDP compared to an estimated 1.4% in Mauritius. Reducing tax expenditure to Mauritian levels will realise additional revenues of at least Kshs 75.2 billion per annum. To achieve this, KRA will review and propose appropriate tax policy amendments as the Income Tax Act is reviewed. (Kenya Revenue Authority, 2015, p. 50).

Verschiedene Zusagen der kenianischen Regierung, diese Vergünstigungen abzubauen, wurden bis heute nicht umgesetzt.

Sodann wird im Hinblick auf FDI immer wieder beobachtet und beklagt, dass ausländische Investoren sich vor Ort nicht so recht an arbeitsrechtliche Bestimmungen (Lohnhöhe, Arbeitszeiten, Urlaub und Sozialabgaben) halten und dass sie ebenso großzügig Umweltauflagen ignorieren. Die Tax Justice & Poverty Studie stellte hier in Kenia Probleme bei den Sonderwirtschaftszonen fest,⁴³ in Sambia bei den Minen und Bergbaukonzernen.⁴⁴

⁴³ Da der kenianische Länderbericht noch nicht veröffentlicht ist, hier eine ältere Untersuchung von 2008 der International Federation for Human Rights und SOMO mit dem Titel Economic Development or Human Rights? Siehe <https://www.fidh.org/IMG/pdf/ke506en.pdf>, vor allem ab S. 14ff.

⁴⁴ Die Situation in Sambia wurde vor allem durch Gerichtsverfahren international bekannt, als sambische Dorfbewohner 2017 den Besitzer der Konkula Copper Mines, Vedanta, in London verklagten, weil ihr Trinkwasser verschmutzt wurde. Der Klage wurde entsprochen und auch der Widerspruch des Minenbetreibers abgelehnt, siehe McKay, D. (13.10.2017) Vedanta to fight on after losing appeal over Zambia pollution claim

Ein solches Fehlverhalten lässt sich nicht durch freiwillige Akte von Corporate Social Responsibility wettmachen. Dabei wird an das berühmte Wort Milton Friedmans erinnert, dass die einzige gesellschaftliche Verantwortung eines Unternehmens die Erhöhung des Profits sei.⁴⁵ Auf diesem Hintergrund ist das gängige Verständnis von CSR, nämlich freiwillige Taten jenseits dessen, was gesetzlich vorgeschrieben ist, zunächst ein Fortschritt. Aber:

Der Bau von Straßen, Krankenhäusern oder Schulen wiegt angerichtete Schäden nicht auf, er begünstigt die örtliche Bevölkerung unverhältnismäßig vor der Bevölkerung in anderen Landesteilen (während Steuergelder demokratisch-transparenter-fairer aufgeteilt werden), und solche CSR Akte orientieren sich eher an den Bedürfnissen von PR Hochglanzinitiativen in den Herkunftsländern der Konzerne, als an den Entwicklungsplänen vor Ort. Entsprechend kritisch fällt zunehmend die Bilanz bezüglich CSR durch unsere Partner aus (Chilufya, 2015).

Gesprächspartner kommen zunehmend zu der Erkenntnis, dass Gespräche mit Vertretern der örtlichen Bevölkerung seitens der Konzerne dazu benützt werden, fällige Reformen und Verpflichtungen aufzuschieben unter dem Verweis, man sei „im Dialog“ mit den Betroffenen, vor allem den örtlichen Kirchen. Einem solchen „churchwashing“, ein Ausdruck analog zu „greenwashing“, will man sich künftig verweigern.

An diesen Themen arbeiten Epiphane Kinhou SJ, ebenfalls Stipendiat der Jesuitenmission von... und inzwischen Vizerektor der Katholischen Universität Zentralafrikas sowie Francois Kaboré SJ, der Direktor von CERAP (Center for Research and Action for Peace) in Abidjan: „Corporate Social Responsibility muss durch Corporate Social Accountability ersetzt werden: Konzerne müssen gegenüber der örtlichen Bevölkerung ebenso Rechenschaft ablegen wie gegenüber den eigenen Aktionären“, so Kaboré. Und Epiphane Kinhou ergänzt: „Wenn es eine primäre soziale Verantwortung dieser ‚corporate citizens‘ gibt, dann ist es das Zahlen von Steuern.“

Entsprechend wächst der Druck, Corporate Social Responsibility zu einer Corporate Social Accountability zu erweitern, d.h. dass Konzerne nicht mehr länger primär ihren Eigentümern und „Shareholdern“ gegenüber verantwortlich sind, sondern allen „Stakeholdern“, d.h. Arbeitnehmern ebenso wie der Gemeinde und dem Land, in dem sie produzieren.⁴⁶ Dies beinhaltet die Offenlegung finanzieller Daten (etwa wohin warum wieviel Steuern gezahlt wurden, wo wieviele Leute beschäftigt werden bzw. wo wieviel produziert wird usw.) ebenso wie die Einbeziehung nicht-finanzieller Aspekte bei Investition und Produktion. Konkret zum letzten Aspekt: Umweltschäden durch den Produktionsprozess könnten dann nicht mehr länger „externalisiert“ und der Gemeinde überlassen werden, sondern die für deren Beseitigung oder Folgekompensation erforderlichen Kosten müssten in den Produktionsprozess eingepreist werden. Hier gibt es bereits Initiativen auf EU Ebene, etwa

<http://www.miningmx.com/news/base-metals/30690-vedanta-fight-losing-appeal-zambia-pollution-claim/> Auch die Weltbank ist über die Situation in der Bergbau- und Minenregion alarmiert und stellte Sambia 100 Millionen USD für Aufräum- und Säuberungsaktionen zur Verfügung, siehe Reuters (20.12.2016) World Bank lends Zambia \$100m to tackle mining pollution. In: Mining Weekly <http://www.miningweekly.com/article/world-bank-lends-zambia-100m-to-tackle-mining-pollution-2016-12-20>

⁴⁵ Siehe hierzu https://en.wikipedia.org/wiki/Friedman_doctrine

⁴⁶ Zu diesem Konzept siehe (Kaboré, 2018) und (Owoeye, 2015).

die erweiterten nicht-finanziellen Berichtspflichten⁴⁷, die EU Initiativen zu nachhaltigen Geldanlagen⁴⁸ und Finanzierungen, zur öffentlichen Länderberichterstattung sowie zur Common Consolidated Corporate Tax Base⁴⁹ die alle vielversprechend sind. Die entsprechenden Verpflichtungen müssten allerdings auch auf ihre Umsetzung hin kontrolliert werden, die Strafen bei Nichtbeachtung müssten so drastisch sein, dass jede Firma sich Mogeleyen gut überlegt.

Corporate Social Accountability ausländischer Investoren, wie hier gefordert, ist nicht ausdrücklich Gegenstand im Global Compact for Migration. Es ist jedoch implizit in Objective 2b, der bereits oben (2) zitiert wurde und in dem von der Bedeutung von „effective, accountable and transparent institutions“ die Rede ist.

Der Vollständigkeit halber: Dreh- und Angelpunkt bei Vorstehendem ist die Frage, wie absolut das Recht auf Privateigentum ist, bzw. wie sich Privateigentum, (Allgemein)Gemeinwohl und die Wiederentdeckung der „Commons“ zueinander verhalten. Hier kam es unter dem Einfluss angelsächsischer Auffassungen (etwa Locke und Hume) und ihrer Verbreitung durch den Neoliberalismus zu Entwicklungen, die im Widerspruch zur ausgewogeneren Position der Katholischen Soziallehre stehen, nach der Eigentum verpflichtet bzw. einer sozialen und ökologischen Hypothek unterliegt. Immerhin: Auch hier hat die Analyse und Diskussion von Grundlagen ebenso begonnen wie die Entwicklung von praktischen Vorschlägen, wie hier Verbesserungen vorangetrieben werden können.⁵⁰

Abschließend zu diesem Punkt: Es ist die feste Überzeugung aller, die im Projekt „Steuergerechtigkeit & Armut“ zusammenarbeiten, dass die grundlegendste primäre Verpflichtung eines jeden „corporate citizen“ gegenüber der Allgemeinheit ist, angemessen Steuern zu zahlen, so wie dazu jeder „natural citizen“ verpflichtet ist (Eichinger, 2016a). Und dies leitet über zum nächsten Punkt:

8 Steuergerechtigkeit

Dies bringt uns zur wichtigste Geldquelle für eine selbstbestimmte Entwicklung: Besteuerung. Dies ist deshalb Gegenstand des größten entwicklungspolitisch ausgerichteten Kooperationsprojekts zwischen afrikanischen Institutionen und der Jesuitenmission: Das Projekt ‚Steuergerechtigkeit und Armut‘. An der empirischen Phase waren das Jesuit Centre for Theological Reflection (Lusaka, Sambia) sowie das Jesuit Hakimani Centre (Nairobi, Kenia) beteiligt, federführend in Nairobi ist aktuell Pascal Andebo, der 2014 im Rahmen seines Masterstudiums ein Dreimonatspraktikum in der Jesuitenmission machte. An der nun beginnenden Phase der Erarbeitung und Verbreitung von Politikempfehlungen werden sich weitere jesuitisch getragenen Institutionen aus Zentral- und Westafrika beteiligen, etwa die

⁴⁷ Siehe Bundesministerium für Arbeit und Soziales (ohne Datum) <http://www.csr-in-deutschland.de/DE/Politik/CSR-national/Aktivitaeten-der-Bundesregierung/CSR-Berichtspflichten/richtlinie-zur-berichterstattung.html>

⁴⁸ Zu den Ergebnissen der High Level Working Group sowie dem Action Plan der EU Kommission siehe Website Sustainable Finance der EU Kommission https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/banking-and-finance/sustainable-finance_en

⁴⁹ Siehe die EU Kommissionswebsite zur Öffentlichen Länderberichterstattung https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/company-reporting-and-auditing/company-reporting/public-country-country-reporting_en sowie zur Common Consolidated Corporate Tax Base

https://ec.europa.eu/taxation_customs/business/company-tax/common-consolidated-corporate-tax-base-ccctb_en
⁵⁰ Siehe (Alt, 2018f), (Hoffmann, 2016a), (Hoffmann, Hofmann, & al., 2015) sowie <http://www.ethisch-oekologisches-rating.org/>

Sozialwissenschaftliche Fakultät der Zentralafrikanischen Universität mit Dekan Abel N'Djonon SJ sowie erneut Francois Kaboré SJ.

Seit 2012 arbeiten von Jesuiten getragene Institutionen im Forschungsprojekt „Tax Justice & Poverty“ zusammen, die wichtigsten Dokumente enthält die Projektwebsite www.taxjustice-and-poverty.org. Zum Beispiel:

- Publikation der [Grundlagendokumente](#) 2014.
- Publikation des [Deutschen Länderberichts](#) 2016.
- Publikationen von [Grundlagendokumenten im Bereich Steuerethik](#) 2017.
- Publikation der [Ergebniszusammenfassung aller drei Länderstudien](#) März 2018.
- Die Publikation des kenianischen Länderberichts ist für Herbst 2018 geplant.

Das nun folgende basiert auf den in diesen Jahren empirisch gewonnenen Ergebnissen sowie dem seither in Gang gekommenen Erfahrungsaustausch. Auf diesem Hintergrund kommen wir zu folgenden Schlussfolgerungen:

*Zentral ist, unerlaubte Kapitalabflüsse aus Afrika zu stoppen, denn pro Jahr fließt so wohl mehr aus Afrika ab, als über Entwicklungshilfe **und** ausländische Direktinvestitionen hineinfließt (siehe Abbildung). Konkret zu unserem Partnerland Sambia: Sambia etwa verliert so jährlich ca. 2,9 Milliarden USD, bei einem Staatsbudget von 2,7 Milliarden USD (2017).⁵¹*

Die Frage von Kapitalabflüssen aus Afrika wird zunehmend unter dem Konzept der „Illicit Financial Flows“ diskutiert, ein zunächst problematisches Konzept, weil es je nach Definition unterschiedliche Einzelkategorien (Geldwäsche, Steuerhinterziehung, Korruptionsgewinne...) zusammenaddiert. Hinzu kommt, dass eine Größenschätzung per definitionem schwierig ist, weil diese Geldflüsse vielfältig verschleiert werden. Es gibt jedoch inzwischen Schätzmethoden, die sich wachsender Anerkennung erfreuen, etwa seitens des Africa Progress Panels in seinem Africa Progress Report 2013, des United Nations Economic Commission for Africa's High Level Panel on Illicit Financial Flows (High Level Panel, 2015a), der Africa Development Bank, der OECD oder der NGO Global Financial Integrity.⁵²

Während das High Level Panel in seiner Analyse zur Einschätzung kommt, dass IFFs afrikanische Staaten pro Jahr 50 Milliarden USD Einnahmen vorenthält, eine Zahl, die auch von der African Development Bank und der OECD in ihrer 2018 veröffentlichten Untersuchung zu West-Afrikanischen IFFs aufrechterhalten wird,⁵³ kommt eine von GFIs maßgeblichen und weit zitierten Publikationen zum Thema zu dem folgenden Schluss:

Illicit financial outflows exceeded combined official development assistance (ODA)⁵⁴ and inward foreign direct investment (FDI)⁵⁵ in all developing countries for all but three years of the 2004-2013 time period. Against the many resources these countries might accumulate

⁵¹ Die Sambia betreffenden Zahlen stammen aus (Kar & Spanjers, 2015) sowie (Zambia Revenue Authority, 2015).

⁵² Die definitorischen und bemessungstechnischen Fragen sind ausführlich besprochen in Kapitel 6 von (Alt & al., 2016b). Insbesondere GFI wird zunehmend zitiert, was auf die wachsende Akzeptanz der angewendeten Methoden, nämlich dem Hot Money Narrow und der Gross Excluding Reversal Method, schließen lässt.

⁵³ Siehe Website zum Launch of the OECD Report on Illicit Financial Flows: The Economy of Illicit Trade in West Africa, 20.2.2018, https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Generic-Documents/Launch_of_the_OECD_Report_on_-_Illicit_Financial_Flows-The_Economy_of_Illicit_Trade_in_West_Africa.pdf

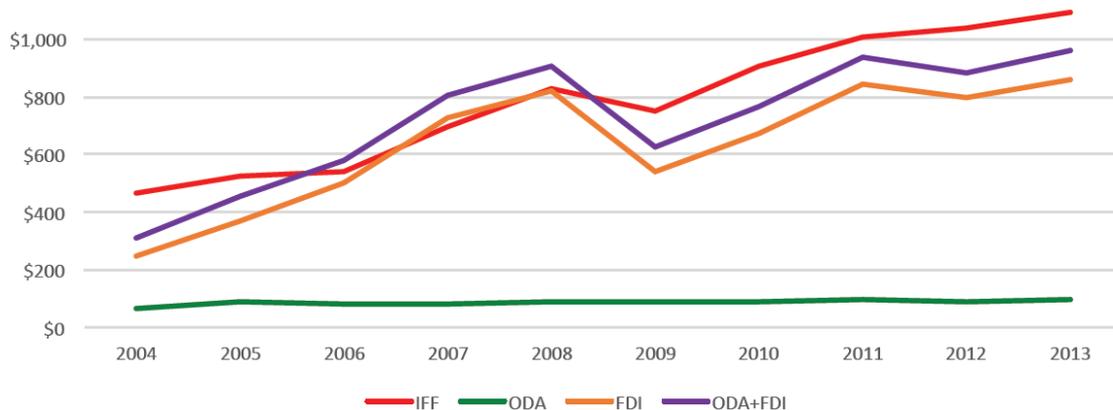
⁵⁴ As measured by OECD

⁵⁵ As listed in the IMF Balance of Payment Statistic

through ODA and FDI, unrecorded, illicit outflows are even more significant (see Chart 10). (Kar & Spanjers, 2015, p. 14f.).

Abbildung 11 Unerlaubt-illegale Kapital(ab)flüsse, Entwicklungshilfe und ausländische Direktinvestitionen, in Milliarden USD

Chart 10. Illicit Financial Flows, Official Development Assistance, and Foreign Direct Investment, 2004-2013
(in billions of nominal U.S. dollars)



Bei aller statistischer Unsicherheit kann hinsichtlich der Entwicklungsländer allgemein, aber auch Afrika insbesondere festgehalten werden: Bei IFFs handelt sich um einen deutlich größeren Abfluss an Geld aus Afrika, als an Entwicklungshilfe, womöglich samt Direktinvestitionen, hineinfließt – erneut eine Warnung an jene die glauben, mit einer bloßen Erhöhung der Entwicklungshilfe sei die Afrikanische Misere beendet!

Die naheliegende Frage ist: Wenn Geld aus armen Ländern abfließt, wohin geht es dann? In der näheren Analyse unerlaubter und illegaler Geldflüsse legt sich nahe, dass dieselben armen Ländern schadet, reichen Ländern hingegen nützt, etwa, indem sie nach mehrfacher „Verschleierung“ der Herkunft über Steuerparadiese und Trusts in die entwickelten Länder fließen, wo sie etwa profitabel im Immobiliensektor investiert werden, was sich wiederum auf die Preise für Wohnen und Mieten in den deutschen Innenstädten niederschlägt. Auch im Rahmen unserer Studie konnten entsprechend Zahlen in Erfahrung gebracht werden:

Tabelle 1 Zu- und Abflüsse von Geld⁵⁶

Zuflüsse nach Deutschland, nur Bereich der Geldwäsche	Unerlaubt-unkontrollierte Abflüsse aus Kenia	Unerlaubt-unkontrollierte Abflüsse aus Sambia
Ca. 50-100 Milliarden Euro	Ca. 83 Millionen USD	Ca. 2,9 Milliarden USD

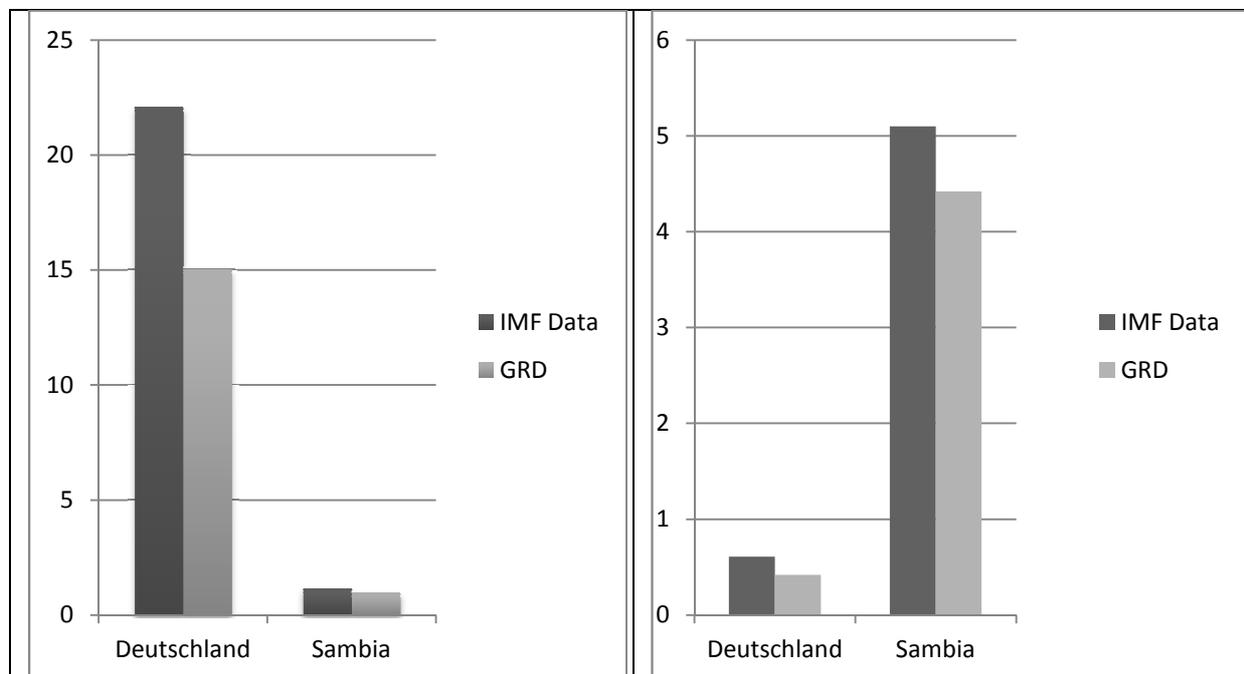
⁵⁶ Siehe hierzu auch (Alt & al., 2016b) sowie die Diskussion der für Geldwäsche relevante Problematik der Abwesenheit von Eigentümerregistern bei Wohneigentum oder um den Kauf ganzer Wohnblocks durch Share Companies, die in Steuerparadiesen ansässig sind, ohne dass deren Eigentümerschaft herausgefunden werden kann. Während jedoch Abflüsse aus Afrika relativ gut untersucht sind, ist dies nicht der Fall hinsichtlich der Beträge, die in reiche Länder hineinfließen, was auch damit zusammenhängt, dass eine Reihe von Steueroasen dazwischengeschaltet werden, um Herkunft und Ausmaß der Zuflüsse zu verschleiern. Eine der wenigen Studien die dies konsequent durchzudeklinieren sucht, ist (Christian Aid; Tax Justice Network, 2014), Bezug nehmend auf Geldzuflüsse in die City of London durch das Steuerparadies Jersey. Eine weitere wichtige und vieldiskutierte Publikation in diesem Kontext ist die von (Griffiths, 2014).

Desungeachtet muss betont werden, dass entwickelte Länder und Entwicklungsländer beide und gemeinsam unter überzogener Steuertrickserei oder gleich kriminellern Verhalten, welches grenzenlose Finanzmärkte und unterschiedliche Rechtssysteme ermöglichen, leiden, und dies ungeachtet des zuvor Gesagten. Erneut muss eine einfache Frage gestellt werden: Wem nützen die aktuellen Arrangements der globalen Finanzarchitektur und dessen Möglichkeiten? Sicher nicht den Mietern in den Innenstädten, oder andere Bürgerinnen und Bürgern, deren Lebensumstände darunter leiden, dass jene unsichtbaren Kapitalströme nicht unterbunden, Gelder konfisziert oder der Besteuerung zugeführt werden können, weshalb öffentliche Investitionen und Dienstleistungen unterbleiben oder gekürzt werden. Es nützt, kurz und gut, jenen, die ohnehin schon reich sind und sehr viel haben, und deren Lobbyisten viel dafür tun, dass ein koordiniertes Vorgehen der Länder gegen diese Missstände unterbleibt!

Entsprechend vertritt die „Tax Justice & Poverty“ Forschung die Position, dass entwickelte Länder ebenso wie Entwicklungsländer, wenn es ihnen um das Gemeinwohl aller und nicht nur die Interessen weniger geht, ein gemeinsames Interesse an der Bekämpfung hier feststellbarer und bekannter Missstände haben sollten:

Dabei sind natürlich die absoluten Verluste in entwickelten Staaten höher als in afrikanischen, nicht aber die relativen, d.h. in Relation zum BIP. Dies veranschaulicht die nachfolgende Abbildung im Hinblick auf Verluste aus aggressiver Steuervermeidung durch das so genannte Base Erosion and Profit Shifting:

Abbildung 12 Schäden durch aggressive Steuervermeidung im Vergleich: Links in absoluten Beträgen (Milliarden USD), rechts in Prozent des jeweiligen BIP



Quelle: Daten des Internationalen Währungsfonds und der Government Resource Database des International Centre for Tax and Development

Insbesondere Datenlecks wie Luxemburg Leaks, Swiss Leaks, Panama Papers oder Paradise Papers haben eine Ahnung vermittelt, um welche Größenordnung auch entwickelte und Entwicklungsländer Länder um Steuereinnahmen gebracht werden, was die Steuerlast für

kleine und mittlere Verdienende, auf kleine und mittlere Unternehmen erhöht, was sowohl eine Kooperation entwickelter Länder untereinander, erst recht aber eine Kooperation von armen und reichen Ländern unbedingt erforderlich macht.

Weil aber gerade einflussreiche Lobbyisten in reichen Ländern unter dem Stichwort „Standortwettbewerb“, „Jobs“ und „Steuerwettbewerb“ immer wieder zu verhindern suchen, dass Regierungen koordiniert gegen aggressive Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Steuerbetrug vorgehen, nachstehend einige Illustrationen der Größenordnung um die es allein für Deutschland gehen könnte:⁵⁷

- 2016 schätzte die Deutsche Steuergewerkschaft die jährlichen Verluste an nicht-gezahlten Steuern durch Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung auf 75 Milliarden Euro.⁵⁸
- Im September 2015 bezifferte die Europäische Kommission Verluste im Bereich nicht eingemommener Mehrwertsteuer auf 168 Milliarden Euro, wovon auf Deutschland 24,8 Milliarden entfielen.⁵⁹ Dabei kommen auch grenzübergreifende Betrügereien zum Tragen, etwa Karussellbetrug, der von nationalen Regierungen kaum unterbunden werden kann.
- Am aktuellsten sind Schätzungen von Gabriel Zucman und verschiedenen Teams, der unter Bezug auf zurückliegende Datenlecks sowie Daten von Steuerverwaltungen folgendes berechnet hat:
 - ✓ Dass privat Vermögende Gelder in Höhe von 16% des BIP in Steueroasen der Besteuerung entziehen (Alstadsaeter, Johannesen, & Zucman, 2017b)
 - ✓ Dass Konzerne allein aus Deutschland 55 Milliarden USD Profite in Steuerparadiese verschieben, wo sie nicht besteuert werden (Thorslov, Wier, & Zucman, 2018).

Neben den direkten Schäden durch entgehende Steuereinnahmen kommen die indirekten Schäden wie der Verzerrung von Wettbewerb und Marktmechanismen sowie das „Freerider“-Problem, nach der Vermögende von der Allgemeinheit finanzierte Dienstleistungen nützen, ohne für ihren Unterhalt angemessen beizutragen.

Gegen das Argument des „Standort-, und „Steuerwettbewerbs“ der bei „überzogenen Forderungen“ mit Abwanderung droht, kann in aller Kürze gesagt werden, dass gerade bei Konzernen Investitionsentscheidungen maßgeblicher von andere Kriterien bestimmt werden wie Infrastruktur, institutionelle Integrität, gut ausgebildete Arbeitnehmerschaft, gesellschaftliche Stabilität und vielem mehr. Gerade solche Dinge werden aber von Steuereinnahmen finanziert, weshalb eine Kooperation von Regierungen zur Bekämpfung von Finanzverbrechen sowie zur Durchsetzung gerechtfertigter Ansprüche dringend geboten ist.

Entsprechend werden wir folgende Arbeitsschwerpunkte haben:

- *Bekämpfung illegaler und unerlaubter Kapitalabflüsse, die die Steuerbasis der Länder schwächen.*

⁵⁷ Für ausführlichere Daten siehe enthält Teil VIII des deutschen Länderberichts in Kapitel 3 („Losses for the Common Good“), download unter https://www.taxjustice-and-poverty.org/fileadmin/Dateien/Taxjustice_and_Poverty/Germany/Country_Report/08_Result_simple.pdf

⁵⁸ Siehe Website vom 15 August 2016 on <http://www.dstg.de/ueberuns.html>

⁵⁹ ‘The VAT Gap is an indicator of the effectiveness of VAT enforcement and compliance measures, as it provides an estimate of revenue loss due to fraud and evasion, tax avoidance, bankruptcies, financial insolvencies as well as miscalculations.’ (Eurodad, 2015a, p. 7+25)

- *Durchsetzung gerechtfertigter Steueransprüche gegenüber privat Vermögenden und Konzernen.*
- *Die Entwicklung einer Besteuerung nach Leistungsfähigkeit.*

All dies ist nur möglich, wenn entwickelte Länder, also auch jene der EU, afrikanischen Ländern dabei helfen: Bei der Ausbildung von Beamten, bei der Ausstattung mit IT Soft- und Hardware, bei der Kooperation in Betriebsprüfungen, bei der Herstellung gesetzlicher Grundlagen: „Entscheidend wird sein, dass afrikanische Steuerverwaltungen Einblick in Kapitalflüsse und Steuerzahlungen von Vermögenden und Konzernen haben, die sowohl in ihren eigenen Staaten als auch anderswo tätig sind,“ so Adebayo.

Und gerade hier schützen europäische Länder lieber ihre eigenen Interessen, als dass sie afrikanischen Ländern bei der Durchsetzung von deren berechtigten Anliegen helfen: Auch Deutschland sperrt sich gegen länderspezifische Berichterstattung von Konzernen, die öffentlich machen würde, wo Konzerne wieviel produzieren, wohin sie ihre Profite verschieben und wo sie wieviel Steuern bezahlen. Ein Grund dafür ist sicher, dass reiche Ländern dann nicht mehr wie bisher auf Kosten armer Länder profitieren könnten – aber dies ist ein Preis den man zahlen sollte, wenn man Migration dauerhaft und human eindämmen möchte!

Hierzu hat das Forschungsprojekt „Steuergerechtigkeit und Armut“ sowohl in seinen Länderberichten als auch dem Short Joint Synthesis Report eine Reihe von Empfehlungen unterbreitet, die auf der Projektwebsite <www.taxjustice-and-poverty.org> eingesehen oder abgerufen werden können. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Short Joint Synthesis Report (Alt, 2018e), da er insbesondere versucht, die gemeinsamen Interessen afrikanischer und europäischer Länder nachzuweisen und Handlungsoptionen in beiderseitigem Interesse aufzuweisen. Gegenüber Afrika gilt vor allem:

- Der Datenaustausch zu Finanzkonten und Steuerzahlungen zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern müsste von der Bedingung der Gegenseitigkeit befreit werden, nach der nur jene Staaten Daten bekommen, die ihrerseits in der Lage sind, Daten zu liefern. Hierzu sind Entwicklungsländer aus vielen Gründen nicht in der Lage, während die Hilfestellung bei Steuererhebung sie ja gerade in die Lage versetzen würde, hier kooperieren zu können.
- Ähnlich hilfreich wären die Veröffentlichung von Informationen zu Finanz- und Steuerdaten bei internationalen Konzernen, die in entwickelten Ländern ihren Sitz haben, aber auch in Entwicklungsländern tätig sind. Im EU-Bankensektor, sowie im Rohstoffsektor gibt es schon ähnliche Offenlegungspflichten, diese könnten auf andere Transnationale Konzerne ausgeweitet werden.
- Schließlich bedarf es der Ausbildungs- und Ausstattungshilfe von Steuerverwaltungen in Entwicklungsländern durch Entwicklungsorganisationen oder Steuerverwaltungen sowie Zusammenarbeit bei Betriebsprüfungen (so genannte Joint Tax Audits, hierzu (Alt, Jörg; Chilufya, Charles B., 2018))

Noch zwei geographische Aspekte, zunächst zu Deutschlands Rolle in der EU:

Was Deutschland und seine Rolle innerhalb der Reformbemühungen der Europäischen Union betrifft, so kann sie bislang bestenfalls als „doppelbödig“ bezeichnet werden: Während Wolfgang Schäuble energisch den Kampf gegen aggressive Steuervermeidung und – hinterziehung forderte, blockierte oder verwässerte die Bundesregierung eine Reihe von

Vorschlägen seitens der Europäischen Kommission, mit der mehr Steuergerechtigkeit möglich wäre.

U.a. durch Deutschland blockierte Maßnahmen bei der Ratssitzung am 14.11.2017 waren laut Sven Giegold

- Steuertransparenz für Großunternehmen ("country-by-country reporting"): deutsche und österreichische Bundesregierung blockieren
- Anwaltsfirmen, Steuerberater: Meldepflicht für grenzüberschreitende Steuersparmodelle. Deutsche Bundesregierung fordert Verwässerungen
- Schwarze Liste der Steueroasen: Steueroasen-Kriterien wurden verwässert. Jetzt werden diese zu laxen Kriterien in einer intransparenten Arbeitsgruppe des Rates inkonsequent angewendet
- Reform der Geldwäsche-Richtlinie: deutsche Bundesregierung ist gegen volle Transparenz von Unternehmenseigentümern, gegen ein nationales Immobilienregister und will laxere Sorgfaltspflichten bei der Identifizierung nationaler Politiker
- Gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage (CCCTB)
- Maßnahmenpaket gegen den Umsatzsteuerbetrug in der EU
- Besteuerung von Zins- und Lizenzzahlungen aus der EU in Steueroasen

Zwar haben sich Kommission, Rat und Parlament bei Ratssitzung am 15.12.2017 prinzipiell auf einen Kompromiss zur 5. Geldwäscherichtlinie geeinigt, welcher öffentliche Unternehmensregister und sogar Transparenz bei berechtigtem Interesse für Trusts ermöglicht! Aber: Jetzt gilt es zu schauen, wie all dies national umgesetzt werden wird und was schlussendlich tatsächlich öffentlich einsehbar ist. Oder ob schlussendlich dann doch nur für Personen und Organisationen mit „berechtigtem Interesse“ Einsicht gewährt wird, was das äußerste Zugeständnis war, zu dem Minister Schäuble bereit war.

Leider lassen die Entwicklungen unter Schäubles Nachfolger, Olaf Scholz nichts Gutes erwarten: Minister Scholz machte seinen Kurs klar, als er sich zunächst als Finanzminister der Deutschen bezeichnete, einen Goldman-Sachs Manager zum Staatssekretär machte, vor einer Dämonisierung von Konzernen warnte, die Finanztransaktionssteuer verwässerte, die Besteuerung von Digitalkonzernen hintertreibt und inzwischen trotz aller Warnsignale der Finanzkrise die deutsche (Groß-)Bankenmacht stärken will.⁶⁰ Was man bei Schäuble noch irgendwie nachvollziehen konnte, entzieht sich nun jedem Verständnis. Immerhin wehrt sich inzwischen die SPD gegen ihren Vizekanzler, und dies zu Recht: Denn sowohl die Vereinbarung im Koalitionsvertrag,⁶¹ ganz sicher aber die Beschlusslage innerhalb der SPD, gibt Scholz eine andere Richtung vor. Man darf gespannt sein.

⁶⁰ Zu den Scholz'schen Blockaden beim Fortschritt im Bereich Transparenz: Scholz und die Steuertransparenz – EU-Pläne für Großkonzerne: In: Frontal 21 vom 31.7.2018 <https://www.zdf.de/politik/frontal-21/faktencheck-steuertransparenz-fuer-konzerne-100.html> Zur Digitalsteuer und dem „geheimen“, aber von ihm unterzeichneten Papier des BMF: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/digitalsteuer-olaf-scholz-verwirft-offenbar-plaene-der-eu-a-1226578.html> Zur „Großbankenidee“ <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundesfinanzminister-wirtschaftsweise-kritisiert-finanzminister-scholz-fuer-dessen-ruf-nach-groesseren-banken/23014118.html?ticket=ST-1476634-ayAC7LkYRnqKuwZLbikY-ap3>

⁶¹ „Wir unterstützen ausdrücklich alle Bemühungen für eine gerechte Besteuerung großer Konzerne, insbesondere der Internetkonzerne“. Auch wenn man dort die internationale Bedeutung einer einheitlichen Handlung betont, sollte dies nicht als Ausrede dienen, EU Bemühungen zu torpedieren.

Sodann noch eine Bemerkung hinsichtlich der Kooperation zwischen der EU und AU:

Die österreichische EU Präsidentschaft ist sehr zu unterstützen, wenn sie eine Vertiefung der Partnerschaft zwischen den Staaten der EU und AU vorantreibt. Angesichts des Kurses der aktuellen US Administration mit ihrer Priorität „America First“ und einer egozentrischen Politik von China, die in Afrika noch nie etwas anderes gesucht hat als den eigenen Vorteil, besteht für die EU die große Chance, sich den Staaten der Afrikanischen Union als verlässlicher multilateraler Partner anzubieten. Aber eben auf Augenhöhe und von den Themen nicht nur auf Migration beschränkt, sondern auch auf Handel, Bekämpfung der Klimawandel-Folgen oder eben im Bereich der Steuergerechtigkeit. Hierzu gibt es genügend bereits vorhandene rechtliche Grundlagen:

Zur Bekämpfung von IFFs und Verbesserung von Steuereinnahmen haben sich die Staaten mehrfach verpflichtet: Hinsichtlich der IFFs in der Addis Ababa Action Agenda, den Nachhaltigen Entwicklungszielen, dem International Tax Compact und bald erneut im Global Compact on Migration, etwa Objective Nr. 20. Das Thema Steuern („Domestic Ressource Mobilization“) ist zwar im Compact on Migration nur indirekt angesprochen, aber es ist vorhanden durch den ausdrücklichen Bezug auf die bzw. Bekräftigung der Addis Ababa Action Agenda und der Nachhaltigen Entwicklungsziele, in denen beides vorkommt.

Übrigens: Transparenz bei Geldflüssen und Hilfe in der Ermittlung und Durchsetzung von Steueransprüchen wäre auch ein wirksamer Beitrag zur Korruptionsbekämpfung: Müssten afrikanische Diktatoren fürchten, dass ihre Vermögensverschiebungen bekannt werden, hätten auch sie einen starken Anreiz, eher im eigenen Land zu investieren.

Der vorstehende Punkt ist von besonderer Bedeutung, da ein häufig vorgebrachter Einwand gegen eine verbesserte Kooperation mit afrikanischen Ländern der Hinweis auf vorhandene Korruption ist. Auch hier gibt es eigentlich bereits gute internationale Abkommen die zur Anwendung kommen könnten, allen voran das OECD Abkommen zum Automatic Exchange of Information (AEOI). Um daran teilnehmen zu können, gilt jedoch das Kriterium der Reziprozität: Nur jene Staaten erhalten Daten, die ihrerseits in der Lage sind, Informationen zu liefern – was allerdings ein arbeitsintensives Verfahren ist, welches aktuell sogar Deutschland überfordert.⁶² Entsprechend wären afrikanische Staaten hier noch mehr überfordert: Ein EU Papier akzeptiert für Sub-Sahara Afrika einen Bedarf von 650.000 zusätzlichen Finanzbeamten, um auch nur den international gängigen Standard für Steuerverwaltungen zu erreichen (European Commission, 2015). Um solche Mehreinstellungen stemmen zu können, bedarf es zusätzlicher Mittel, die unter anderem aus erfolgreicher Ermittlungen und Ahndungen von illegal außer Landes gebrachten Vermögen und Profiten gewonnen werden können– weshalb unser Forschungsprojekt auch hier für ein Entgegenkommen gegenüber den armen Ländern plädiert.

⁶² Der Automatische Datenaustausch begann zum Oktober 2017 mit (zunächst einmal) 49 Staaten. Aber: Das Bundzentralamt für Steuern war schlecht vorbereitet, um die Daten zu sichten und an die zuständigen Steuerverwaltungen der Länder weiterzuleiten. Es fehlt bis heute an Personal und der erforderlichen Software für die Bearbeitung eingehender Daten. Aktuell rechnet man mit Weiterleitungen an zuständige Behörden Anfang 2019, eventuell wird mit 30 Millionen Datensätzen gerechnet. Siehe: Verzögerungen im Kampf gegen Steuerbetrug (16.10.2017) In: 123recht.net, <http://www.123recht.net/Verzoegerung-im-Kampf-gegen-Steuerbetrug-a158472.html> sowie: Austausch von Steuerdaten läuft noch nicht rund (19.11.2017) In: Focus, https://www.focus.de/politik/ausland/steuern-austausch-von-steuerdaten-laeuft-noch-nicht-rund_id_7866212.html

9 Schlussbemerkungen

Vieles müsste noch gesagt werden, etwa zu fairen Handelsbeziehungen. Aber es gibt genügend Dokumente, die dies anmahnen, etwa der Globale Pakt für Migration, der im Dezember 2018 von fast allen Staaten der Welt unterzeichnet werden wird. Freilich: Absichtserklärungen müssten irgendwann umgesetzt werden, das gilt für den Bereich Migration ebenso wie für internationale Kapitalflüsse und Steuergerechtigkeit.

Der Blick auf den Zusammenhang zwischen Migration aus Afrika, einer restriktiver werdenden Asylpolitik, einer verschärften Grenzkontrolle und der Absichtserklärung, Fluchtursachen zu bekämpfen zeigt: Es ist eine sehr komplexe Situation, wo nur wenige Einsichten als gesichert gelten können. Zu diesen gesicherten Einsichten gehören aber folgende:

- Die „Bekämpfung“ von Flucht und Migration an der EU Außengrenze oder in „regionalen Ausschiffungsplattformen“ wird die diesen Fluchtbewegung zugrundeliegenden Fluchtursachen (Menschenrechtsverletzungen, Armut, Arbeitslosigkeit, Klimawandel...) nicht lösen – im Gegenteil. Die EU riskiert vielmehr die Destabilisierung der Transitländer und damit eine Vergrößerung des Problems.⁶³
- Schlecht verwendete Entwicklungshilfe und zwischenstaatliche Kooperation stärkt oder stabilisiert autoritäre Systeme und damit Fluchtbewegungen, während alternative Geldflüsse Transparenz, Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement stärken.
- Mit etwas mehr Entwicklungshilfe ist es nicht getan, da allein die Geldrücküberweisungen von Migranten deutlich höher und für die finanzielle Situation der Herkunftsländer bedeutender sind.

Ist es den Regierungen Europas ernsthaft daran gelegen, die Ursachen von Flucht und Migration zu lösen sind ganz andere Beträge erforderlich, die aber verfügbar wären, wenn EU und AU dabei zusammenarbeiten. Auch das mit sinkender Armut und steigender Bildung wachsende Bedürfnis nach legaler Migration wäre handhabbar angesichts der demographischen Entwicklung in Europa ebenso wie dem Bedarf an qualifizierten Fachkräften. Für all dies wäre der Globale Pakt für Migration ein exzellentes Rahmenwerk, das mit konkreten Inhalten und Abmachungen gefüllt werden könnte.

Neue und differenzierte Wege der Kooperation sind erforderlich, wobei selbstverständlich gegenüber fragilen Staaten andere Konzepte zum Tragen kommen müssen,⁶⁴ als gegenüber die stabileren und prosperierenden Staaten, die für ausländische Direktinvestitionen attraktiv sind.⁶⁵

Analog zum Ansatz der AU in der Agenda 2063 sollte der Sachkenntnis von unter uns lebenden Migranten, Hometown Associations und anderer Diaspora-Zusammenschlüsse bei

⁶³ Rodrigue Naortanga etwa meint: „Stabilisierungsmaßnahmen, wie sie die Europäische Union tut, kann Migration nach Europa fördern. Die Unterstützung von Diktatoren wie Idriss Deby Itno aus dem Tschad von Seite der internationale Gemeinschaft, weil er ein Partner der Europäischen Union im Kampf gegen Terrorismus in Sahel sei, übersieht dass er seinem Volk viel Leid zufügt, sodass womöglich mehr und mehr den Weg nach Europa in den kommenden Jahren suchen werden....“

⁶⁴ Etwa (OECD, 2016) sowie (International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding, 2011a) (International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding, 2011b)

⁶⁵ Hier kommt eher ein „Marshallplan mit Afrika“ zum Greifen, der sich ausdrücklich auf Länder mit besserer governance und Infrastruktur konzentrieren möchte, siehe https://www.bmz.de/de/laender_regionen/marshallplan_mit_afrika/

der Entwicklung von tragfähigen Konzepten für ihre Heimatländer eine ebenso wichtige Rolle zukommen wie der standardmäßigen Einbeziehung der „business community“.

Dabei ist eine umfassende Bekämpfung der Ursachen von Flucht und Migration zugleich die Antwort auf „illegale Migration“, sondern auch die „Schleuserkriminalität“, die aktuell die Debatte unangemessen dominieren: Wenn niemand mehr deren Dienstleistungen benötigt, wird diese Branche weitestgehend eingehen.

Die hier vorgetragenen Vorschläge stehen im Einklang mit zahlreichen internationalen Rahmenwerken und Absichtserklärungen. Allerdings ist die Zeit gekommen diese endlich in die Tat umzusetzen und nicht konstant hinauszuzögern.

10 Literaturverzeichnis

- African Union. (2015). *Agenda 2063: The Africa we Want. Framework Document*. Addis Ababa: African Union.
- Alstadsaeter, A., Johannesen, N., & Zucman, G. (September 2017b). *Who owns the wealth in tax havens? Macro evidence and implications for global inequality*. Von National Bureau of Economic Research: <http://www.nber.org/papers/w23805> abgerufen
- Alt, J. (2009). *Globalisierung, illegale Migration, Armutsbekämpfung - Analyse eines komplexen Phänomens*. Karlsruhe: von Loeper.
- Alt, J. (2018). *Was tun? Katholische Soziallehre als normativer Kompass. Kurzfassung - Diskussionspapier*. Von Jörg Alt - Forum: http://www.joergalt.de/fileadmin/Dateien/Joerg_Alt/Forum/Was_tun_-_kurz.pdf abgerufen
- Alt, J. (19. March 2018e). *Tax Justice & Poverty Research: Short Version of the Synthesis Report*. Von Tax Justice & Poverty: <http://tinyurl.com/tjp-ShortSynthesis> abgerufen
- Alt, J. (2018f). *Taxation and Transformation: The use and usefulness of Catholic Social Teaching, taxes and tax-related instruments to advance systemic change*. Von Tax Justice & Poverty: <http://tinyurl.com/MaxxTax> abgerufen
- Alt, J., & al. (22. April 2016b). *Concepts and Context of the Research - Technical Version. Chapters 5-8*. Von Tax Justice & Poverty - Introduction: <http://tinyurl.com/tjp-I4technical-5-8> abgerufen
- Alt, Jörg; Chilufya, Charles B. (2018). *Joint Tax Audits between Developed and Developing Countries*. In T. Pogge, & K. Mehta, *Stop the Bleeding - Protecting Poor Countries' Revenue*. ZED Books.
- Andebo, P. (2014a). *African intergenerational and international issues in the light of Catholic Social Teaching: Demographic transition & Social Security - Environment & Resource Exploitation - Aid, Debt & Public Dependency on External Financing*. Retrieved from <http://tinyurl.com/tjp-andebo01>
- Bundeskanzleramt. (Juni 2018). *Programm des Österreichischen Ratsvorsitzes 1.Juli-31.Dezember 2018*. Von www.eu2018.at: <https://www.eu2018.at/de/agenda-priorities/programme.html> abgerufen
- Chilufya, C. (2015, April 1). *Baseline study report on the level of social service provision and community service provision and community awareness involvement in CSR Projects in Solwezi*. Retrieved from Jesuite Centre for Theological Reflection: http://www.jctr.org.zm/images/Social_Investment_Study_report.pdf
- Christian Aid; Tax Justice Network. (2014). *Africa Rising? Inequalities and the essential role of fair taxation*.

- Dieterich, J. (9. Februar 2016). *Private Geldflüsse halten Staaten über Wasser*. Von Stuttgarter Zeitung: <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.geldfluesse-in-afrika-private-ueberweisungen-halten-staaten-ueber-wasser.f60eed25-85de-484f-a9b3-66336cd90f55.html> abgerufen
- Eichinger, C. (2016a). Wie verhält sich "Corporate Social Responsibility" zur Praxis "aggressiver Steuerplanung"? In J. Alt, & P. Zoll, *Wer hat, dem wird gegeben?* (S. 155-164). Würzburg: Echter.
- European Commission. (März 2015). *First Report of the Commission AEFI expert group on the implementation of Directive 2014/107/EU for automatic exchange of financial account information*. Von http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/tax_cooperation/mutual_assistance/financial_account/first_report_expert_group_automatic_exchange_financial_information.pdf abgerufen
- Griffiths, J. (2014). *The State of Finance for Developing Countries, 2014*. Brussels: Eurodad.
- High Level Panel. (2015a). *Illicit Financial Flows*. Economic Commission for Africa, High Level Panel on Illicit Financial Flows from Africa. Economic Commission for Africa.
- Hoffmann, J. (2016a). Eigentum verpflichtet - Rahmenbedingungen zur Begrenzung von Gewinnmaximierung durch Unternehmen und Superreiche. In J. Alt, & P. Zoll, *Wer hat, dem wird gegeben?* (pp. 144-154). Würzburg: Echter.
- Hoffmann, J., Hofmann, G., & al. (2015). *Nachhaltigkeit im Wettbewerb verankern*. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.
- International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding. (2011a). *A New Deal for engagement in fragile states*. Von International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding: http://www.pbsdialogue.org/media/filer_public/07/69/07692de0-3557-494e-918e-18df00e9ef73/the_new_deal.pdf abgerufen
- International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding. (2011b). *Realisation of the SDGs in Countries Affected by Conflict and Fragility: The Role of the New Deal - Conceptual Note*. Von International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding: https://www.pbsdialogue.org/media/filer_public/72/7b/727b3ec5-d96d-4acf-bcad-987ee5cb2094/realisation_of_the_sdgs_-_the_role_of_the_new_deal_3.pdf abgerufen
- Kaboré, F. P. (June 2018). Laudato Si and Ethical Business Management in Africa. *La Civiltà Cattolica*, S. 28-37.
- Kaboré, F. P. (6. Mai 2018). Resource Mobilization for Africas Transformation - PPT Folien. Abidjan.
- Kar, D., & Spanjers, J. (2015). *Illicit Financial Flows from Developing Countries: 2004-2013*. Washington: Global Financial Integrity.
- Kenya Revenue Authority. (2015). *Sixth Corporate Plan*. Nairobi: Kenya Revenue Authority.
- OECD. (2016). *States of Fragility*. Paris: OECD Publishing.
- Owoeye, O. (April 2015). *Corporate Social Accountability in Developing Countries*. Von Researchgate: https://www.researchgate.net/publication/316706982_Corporate_Social_Accountability_in_Developing_Countries abgerufen
- Pew Research Centre. (22. März 2018). *At Least a Million Sub-Saharan Africans Moved to Europe Since 2010*. Von Pew Research Centre: <http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/2/2018/03/22135249/Africa-Migration-March-22-FULL-REPORT.pdf> abgerufen
- Ratha, D., & al. (2011). *Leveraging Migration for Africa - Remittances, Skills and Investments*. Washington: The World Bank Group.
- Thorslov, T., Wier, L., & Zucman, G. (5. June 2018). *The Missing Profit of Nations*. Von Gabriel Zucman: <http://gabriel-zucman.eu/files/TWZ2018.pdf> abgerufen

UNCTAD. (2018). *Economic Development in Africa – Migration for Structural Transformation*. . Von UNCTAD:
http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/aldcafrica2018_en.pdf abgerufen

United Nations. (11. July 2018). *Global Compact For Safe, Orderly And Regular Migration*.
Von Refugees and Migrants:
https://refugeesmigrants.un.org/sites/default/files/180711_final_draft_0.pdf abgerufen

World Bank Group; KNOMAD. (Oktober 2017). *Migration and Remittances*. Von
http://www.knomad.org/sites/default/files/2017-12/Migration%20and%20Development%20Report%202012-14-17%20web.pdf?mc_cid=a8f60e8ce7&mc_eid=c814f687b7 abgerufen

Zambia Revenue Authority. (2015). *Annual Report 2014*. Lusaka: Zambia Revenue Authority.